



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 9. Wahlperiode: 1975/76

29.04.1976 - Plenarprotokoll - 15. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

15. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. April 1976

Inhalt

Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung . . . 849	Verbesserung der Leistungsfähigkeit im Gesundheitswesen
Außerungen von Bürgermeister Koschnick zum Problem der Radikalen im öffentlichen Dienst	Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. März 1976 (Drucksache 9/159)
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. März 1976 (Drucksache 9/158) 849	D a z u
Richtlinien für die Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst	Antwort des Senats vom 26. April 1976 (Drucksache 9/177) 851
Antrag der Fraktion der FDP vom 30. März 1976 (Drucksache 9/153 — Neufassung)	Anwendung des Bildungsurlaubsgesetzes
D a z u	Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. März 1976 (Drucksache 9/162)
Richtlinien für die Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst	D a z u
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 28. April 1976 (Drucksache 9/181) 849	Antwort des Senats vom 12. April 1976 (Drucksache 9/170) 851
Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst	Vollverzinsung von Steuerforderungen und Steuererstattungen durch das Finanzamt
Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 28. April 1976 (Drucksache 9/179) 849	Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. März 1976 (Drucksache 9/163)
Aussprache — Fortsetzung	D a z u
Abg. Anneliese Leinemann (SPD) 849	Antwort des Senats vom 12. April 1976 (Drucksache 9/171) 852
Abg. v. Schönfeldt (FDP) 850	
Abstimmung 851	

Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/164)

D a z u

Antwort des Senats vom 12. April 1976

(Drucksache 9/172) 852

Verlust von Arbeitsplätzen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. April 1976
(Drucksache 9/166)

D a z u

Antwort des Senats vom 26. April 1976

(Drucksache 9/178) 852

Nichtvollzug des Stufenplans

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. März 1976
(Drucksache 9/149)

Abg. Dr. Sieling (CDU)	852
Abg. v. Groeling-Müller (FDP)	855
Abg. Stichweh (SPD)	859
Senator für Wissenschaft und Kunst Franke	864
Abg. Hannelore Spies (CDU)	867
Senator für Wissenschaft und Kunst Franke	869
Abg. Stichweh (SPD)	869
Abg. Hannelore Spies (CDU)	870
Abg. v. Groeling-Müller (FDP)	870
Namentliche Abstimmung	871

Hilfen für Spätaussiedler

Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/151) (ausgesetzt) 871

Sonderurlaub bei der Bewerbung für die Wahlen zum Bundestag oder zur Bürgerschaft

Antrag der Fraktion der FDP
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/152)

Wahlkampfurlaub

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. April 1976
(Drucksache 9/176)

Abg. v. Schönfeldt (FDP)	871
Abg. Neumann (CDU)	873
Abg. Anneliese Leinemann (SPD)	874
Abstimmung	875

Arbeits- und Ausbildungsplätze für Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/160)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

vom 28. April 1976
(Drucksache 9/180)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 29. April 1976
(Drucksache 9/183)

Abg. Urban (CDU)	875
Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit	877
Abg. Kruse (FDP)	879
Abg. Schmidt (SPD)	880
Abg. Michalski (SPD)	881
Abstimmung	882

Möglicher Interessenkonflikt in Kernenergiefragen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/161)

Abg. Marianne Hänecke (CDU)	882
Abg. Dr. Illigner (FDP)	883
Abg. Tepperwien (SPD)	884
Überweisung	885

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Dr. Foth, Krahmer.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Bugla

Schriftführer Kandolf

Bürgermeister **Dr. Franke** (SPD), Senator für Soziales, Jugend
und Sport und für Arbeit

Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senatsdirektor **Dücker** (Senator für Bildung)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)

Landesschulrat **Banse** (Senator für Bildung)

Senatsrat **Ditt** (Senator für Wissenschaft und Kunst)

Senatsrat **Timm** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Financial Statement

Balance Sheet

Income Statement

Balance Sheet as of December 31, 1947
Income Statement for the year ended December 31, 1947
Statement of Assets and Liabilities as of December 31, 1947
Statement of Cash Flows for the year ended December 31, 1947

Statement of Assets and Liabilities as of December 31, 1948
Income Statement for the year ended December 31, 1948
Statement of Cash Flows for the year ended December 31, 1948
Statement of Assets and Liabilities as of December 31, 1949
Income Statement for the year ended December 31, 1949
Statement of Cash Flows for the year ended December 31, 1949

- (A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.18 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 15. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich. Folgende Gruppen sind anwesend: Eine Klasse der Hauptschule Schaumburger Straße, eine Klasse der Realschule Schaumburger Straße und eine Klasse der Hauptschule Regensburger Straße.

(Beifall)

Außerdem begrüße ich Herrn Konsul Hirn, den Vertreter Frankreichs.

(Beifall)

Den Eingang bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen:

Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung:

Resolution der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“ gegen die Schließung der **Ausstellung des Heidelberger Grafikers Staack** in der Bonner parlamentarischen Gesellschaft.

Die Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

- (B) **Außerungen von Bürgermeister Koschnick zum Problem der Radikalen im öffentlichen Dienst**

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/158)

Richtlinien für die Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktion der FDP
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/153)

D a z u

Richtlinien für die Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 28. April 1976
(Drucksache 9/181)

s o w i e

Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD
vom 28. April 1976
(Drucksache 9/179)

Wir haben die Antwort des Senats schon in der gestrigen Sitzung entgegengenommen und waren

- in die Aussprache eingetreten. Wir setzen nunmehr (C) die Aussprache fort.

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leinemann.

Es ist noch eine Redezeit bis zu sechs Minuten.

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gestern auf meine Wortmeldung nicht verzichtet, weil ich meine, daß in diesem Hause die Worte von Herrn Neumann nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Herr Neumann hat gestern gesagt: „Ich habe Angst“.

(Abg. Neumann [CDU]: Sie oder ich?)

Haben Sie gesagt, Herr Neumann!

(Abg. Neumann [CDU]: Daß ich Angst habe?)

Ja! Ich möchte Sie fragen, haben Sie eigentlich Angst davor, daß wir das Grundgesetz, die Artikel 1 bis 5, achten, oder haben Sie Angst davor, daß wir die Landesverfassung, die Artikel 1 bis 8, achten? Ich muß Ihnen sagen, ich habe auch Angst! Aber ich habe Angst davor, daß politische dumme Argumente junge Leute in eine Ecke drängen, in die wir sie gemeinsam nicht haben wollen.

(Beifall bei der SPD)

- Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich hatte allerdings eine sachliche Diskussion in dieser Frage auch nicht erwartet. (D)

Wenn die Fraktionen von SPD und FDP vom Senat erwarten, daß den aufgezeigten Gefahren entgegengewirkt wird, die Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst auf das notwendige Maß beschränkt wird, verstehen wir darunter natürlich, daß künftig unterschieden wird, ob ein Bewerber Kartoffeln schält oder ob er in der Verwaltung in einer besonderen Vertrauensstellung angestellt wird.

Und ich möchte insbesondere Rücksicht nehmen auf die Jugendlichen und ihre Jugendsünden. Herr Neumann, Sie lassen sich doch sicher auch nicht gern erinnern, wie Sie sich als junger Mensch verhalten haben.

(Abg. Neumann [CDU]: Doch! — Unruhe)

Ich möchte es vor dem Hause nicht ausbreiten, aber wenn Sie es wünschen, wäre ich auch hierzu bereit, welche Äußerungen Sie gemacht haben vor Ihren Mitschülern in der Pädagogischen Hochschule, die mir das gestern Abend noch bestätigt haben, bevor Sie Mitglied der CDU wurden.

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Was habe ich denn da wieder gemacht?)

Wir, die SPD- und FDP-Fraktion, sind so großzügig, auf solche Jugendsünden nicht einzugehen.

- (A) Unser freiheitlich demokratischer Rechtsstaat geht von der Verfassungstreue eines jeden Bürgers aus! Gesinnungsschnüffelei oder die Aufrechnung von Jugendsünden darf es unserer Meinung nach nicht geben. Wir wehren uns mit Entschiedenheit dagegen, daß ein Klima allgemeiner Verdächtigungen erzeugt wird. Meine Kollegen Wedemeier und Dr. Scherf sind gestern ausführlich auf die beiden vorliegenden Entschließungen eingegangen.

Aber, Herr Dr. Cassens hat gestern gesagt — und das hat mich heute nacht nicht schlafen lassen, ich habe darüber nachgedacht, ob Herr Dr. Cassens wohl richtig gelesen hat —, Herr Dr. Cassens hat gesagt: „Anscheinend haben die SPD- und FDP-Fraktion die Worte von Herrn Heinemann nicht richtig verstanden.“ Ich frage Sie, Herr Dr. Cassens, haben Sie sie denn bis heute richtig verstanden? Und darum möchte ich gern noch einmal den Altbundespräsidenten zitieren, wenn es mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, erlaubt ist. Gustav Heinemann hat zu den Berufsverboten folgendes ausgeführt:

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Berufsverbot ist ein Wort der DKP, nicht einmal der SPD!)

- (B) „Wir erleben gegenwärtig eine sich verstärkende Gleichsetzung der Struktur unserer Gesellschaft mit der Verfassung selbst. Der Staat soll wieder einmal als das hohe, über uns schwebende Etwas verstanden werden, das unabhängig von Parlamenten, Parteien und Volkssouveränität als ein Inbegriff von ausübender Gewalt besteht. Deshalb werden radikale Verfechter von Freiheit und Demokratie auch da in den Verdacht von Verfassungsfeindlichkeit gerückt, wo sie mit und aus der Verfassung heraus für bessere Freiheit und Demokratie eintreten. Das läßt an Parallelen zu Metternich denken. Ich meine, wir sollten dem nachdrücklich widerstehen. Wer Freiheit als eine aufklärerische Aufgabe versteht, muß bereit sein, auch Widerspruch hervorzurufen. Wer Anstoß geben will, muß auch Anstoß erregen können. Ich denke“ — sagt Gustav Heinemann —, „wir sollten nicht ängstlicher sein, als Lessing es zu seiner Zeit war. Aufklärung, Widerspruch und Anstoß sind miteinander verwandt und allesamt Kinder der Freiheit“.

Ich meine, dieses Haus sollte dahinter nicht zurückstehen. — Vielen Dank!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte nicht noch einmal das Wort ergriffen, wenn ich nicht heute morgen durch die Berichterstattung im „Weser-Kurier“ Veranlassung dazu gehabt hätte, zu befürchten, daß unsere Initiative, die wir in diesem Hause ergriffen haben, nicht ganz richtig

verstanden worden ist. Und ich möchte bei der Gelegenheit sagen, Frau Leinemann, hier haben wir Übereinstimmung erzielt in der Frage, ob nicht die aufgetauchte Problematik, die durch die Überprüfungspraxis deutlich geworden ist, nun endlich von uns Parlamentariern angefaßt werden müßte. Und ich gebe Ihnen zu, Herr Dr. Cassens hat gestern davon, zumindest von dem Erkennen dieser Problematik, einiges vermissen lassen.

Aber gegen das Wort „Berufsverbot“ haben nun wieder die Freien Demokraten etwas, und insoweit, um das ganz klar zu machen, identifizieren wir uns mit Ihrem Beitrag nicht.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe Anlaß, durch diese Berichterstattung in der Zeitung für Sie und für die Öffentlichkeit noch einmal deutlich zu machen, was unsere Initiative will. Unsere Initiative will Richtlinien für das Verfahren bei der Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst schaffen. Das sind generelle Richtlinien für ein rechtsstaatliches Verfahren bei allen Bewerbern für den öffentlichen Dienst.

Und, meine Damen und Herren, für die Bewerber für die Aufnahme in ein staatliches Auszubildungsverhältnis — aber nur für diese — sind folgende Erkenntnisse nicht zu verwerten. Das heißt: Für eine dem Vorbereitungsdienst, der Probezeit vorgelagerte Stufe. Das sind 18-, 19-, 20jährige. Das ist unsere Jugend. Das sind unsere jungen Bürger, die nicht von vornherein in einen „Anpassungsdruck“ gebracht werden sollen. Ich lese diese speziellen Richtlinien noch einmal zum Verständnis aller im Wortlaut vor:

„Es sollen nicht verwertet werden:

1. Erkenntnisse aus der Zeit, in der der Bewerber das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, soweit sie nicht Gegenstand einer im Bundeszentralregister eingetragenen und noch nicht getilgten strafrechtlichen Beurteilung sind.

2. Erkenntnisse über Tatsachen, die im Zeitpunkt der Bewerbung mehr als zwei Jahre zurückliegen, sofern sie nicht Gegenstand strafrechtlicher Beurteilung gewesen sind.

3. Schriftliche und mündliche Äußerungen im fachlichen Zusammenhang mit Ausbildung, Studium, Lehre und Forschung.

4. Schriftliche und mündliche Äußerungen zur Wahrnehmung eines Amtes der akademischen Selbstverwaltung und der verfaßten Studentenschaft.

5. Schriftliche und mündliche Äußerungen im Rahmen künstlerischer Darbietungen.

6. Höchst persönliche Aufzeichnungen wie Tagebücher, private Briefe und Notizen.

7. Unter die berufliche Schweigepflicht fallende Äußerungen gegenüber Ärzten, Seelsorgern, Rechtsanwälten.

(C)

(D)

(A) 8. Erkenntnisse aus abgeschlossenen Ermittlungs- oder Strafverfahren, soweit sie über die Feststellung eines rechtskräftigen Urteils hinausgehen, und

9. Äußerungen Dritter, denen in einem Strafverfahren gegen den Betroffenen ein Zeugnisverweigerungsrecht der Strafrechtsordnung zustehen würde."

Meine Damen und Herren, abschließend, wir stehen damit auf dem Boden einer Entschließung der Bundesinnenminister, die einstimmig verabschiedet worden ist. Da heißt es — alle waren sich darüber einig —, daß Äußerungen und Handlungen eines jungen Menschen aus seiner Ausbildungs- und Studienzeit, insbesondere wenn sie längere Zeit zurückliegen, zur Begründung beziehungsweise bei der Überprüfungspraxis nur herangezogen werden dürfen, wenn Art und Schwere in den strafrechtlichen Bereich hineinreichen. Das wollen wir mit diesen Richtlinien zugunsten der jungen Mitbürger und zugunsten der Studenten und Schüler erreichen, und nichts anderes.

Wir stehen nach wie vor, was ich ja gestern auch ausgeführt habe, auf dem Boden des geltenden Rechts, wir stehen auf dem Boden der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 22. 5. Nur, wir gehören zu denjenigen, die sich an der Diskussion und konstruktiven Mitarbeit beteiligen, wenn es darum geht, eine negative Überprüfungspraxis frühzeitig in eine Richtung zu lenken, damit wir glaubwürdig bleiben, wenn es darum geht, die Freiheit des Bürgers in diesem Staat zu bewahren. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe — Glocke)

Wir sind in der Abstimmung, meine Damen und Herren! Ich bitte, die Gespräche jetzt zu unterbrechen.

Meine Damen und Herren, ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP unter Punkt 27 der Tagesordnung — er hat die Drucksachen-Nummer 9/153 — unter Berücksichtigung der dazu eingebrachten Ergänzung abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Nunmehr rufe ich auf zur Abstimmung über den dazu eingebrachten Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 9/181.

Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksachen-Nummer 9/179.

Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Verbesserung der Leistungsfähigkeit im Gesundheitswesen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/159)

Dazu

Antwort des Senats vom 26. April 1976
(Drucksache 9/177)

Die Fragesteller waren im Einvernehmen mit den übrigen Fraktionen damit einverstanden, daß diese Große Anfrage als Kleine Anfrage behandelt wird und der Senat die Antwort schriftlich erteilt.

Die Antwort liegt den Abgeordneten hektographiert vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Anwendung des Bildungsurlaubsgesetzes

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/162)

Dazu

(A) **Antwort des Senats vom 12. April 1976**
(Drucksache 9/170)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Vollverzinsung von Steuerforderungen und Steuererstattungen durch das Finanzamt

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/163)

D a z u

Antwort des Senats vom 12. April 1976
(Drucksache 9/171)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/164)

D a z u

(B) **Antwort des Senats vom 12. April 1976**
(Drucksache 9/172)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Verlust von Arbeitsplätzen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. April 1976
(Drucksache 9/166)

D a z u

Antwort des Senats vom 26. April 1976
(Drucksache 9/178)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nichtvollzug des Stufenplans

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. März 1976
(Drucksache 9/149)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Franke, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Dücker und Herr Landesschulrat Banse.

(C) Der Antrag unter Punkt 24 der Tagesordnung trägt die Unterschriften der Abgeordneten Dr. Sieling, Neumann und Fraktion der CDU. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Wir haben eine Redezeit bis zu dreißig Minuten pro Fraktion vorgesehen.

Abg. Dr. Sieling (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Mit der Ihnen vorliegenden Drucksache 9/149 beantragt die CDU, den Senat aufzufordern, den Vollzug des Stufenplans zur Entwicklung der Schulorganisation zu untersagen. Und das, meine Damen und Herren, im Hinblick auf die fast ausschließlich negativen Stellungnahmen von Eltern, Schulen, ja sogar Ortsamts- und Stadtteilbeiräten, sowie von den betroffenen Organisationen.

Weiter soll der Senat die Vorlage von Entwicklungsplänen für die Organisation und die innere Gestaltung der Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven veranlassen, die die Stellungnahmen der Betroffenen gebührend berücksichtigen und insbesondere auch ausreichend Zeit für eine ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung dieser Pläne gewährleisten.

Bei diesem Antrag, meine Damen und Herren, handelt es sich durchaus nicht um „alten Schnee“. Das könnten Sie heute nur behaupten, wenn die SPD- und FDP-Mitglieder in der Deputation für Bildung am 13. April dem von uns gestellten Antrag, den Stufenplan zurückzuziehen, gefolgt wären. Nur dann hätten wir heute diesen Tagesordnungspunkt absetzen können. Da wir diese Unterstützung in der Deputation jedoch nicht gefunden haben, muß es nunmehr Aufgabe des gesamten Hauses sein, über unseren Antrag zu entscheiden.

Jedes Mitglied dieses Hauses ist aufgerufen, hier nicht nur aus der Pauschalsicht seiner Fraktion zu urteilen, sondern darüber hinaus auch aus der persönlichen Sicht eines Elternteils und der damit verbundenen berechtigten Sorge um die Schulbildung der eigenen Kinder, zu dem von der CDU vorgelegten Antrag Stellung zu beziehen.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren, nachdem in der Deputationssitzung vom 13. April der von uns gestellte Antrag auf Zurückziehung des Stufenplans abgelehnt worden war, haben wir weiter beantragt, den neu eingebrachten Stufenplan vor Beschlußfassung in der Deputation allen Betroffenen zuzustellen, um ihnen damit das ja gerade von der SPD so oft beschworene Mitspracherecht in der Praxis einzuräumen. Auch dieser Antrag ist leider sowohl mit den Stimmen der SPD als auch der FDP abgeschmettert worden.

Da man die Ablehnung dieses CDU-Antrags seitens der SPD unter anderem mit dem damit verbundenen großen Zeitverlust begründet hatte, haben wir sodann beantragt, die Beschlußfassung über den soeben neu vorgelegten Stufenplan zu-

(D)

- (A) mindest so lange auszusetzen, bis die Fraktionen ihrerseits Gelegenheit genommen hätten, den neuen Plan mit den Betroffenen zu erörtern. Auch diesen Antrag der CDU haben die SPD-Deputierten seinerzeit abgelehnt. Lediglich die Mitglieder der FDP waren mit uns der Meinung, daß es falsch wäre, die Betroffenen mit diesem neu vorgelegten Stufenplan einfach zu überfahren.

Mit der Ablehnung unserer drei Anträge in der Bildungsdeputation haben die Vertreter der SPD das Mitspracherecht der Betroffenen noch weiter ausgehöhlt, als sie es schon bei der Vorlage der Erstfassung des Stufenplans vorzuhaben schienen. Als uns nämlich dieser Plan in der Deputations-sitzung im November als Tischvorlage überreicht worden war, wurde bereits versucht, den soeben vorgelegten Plan praktisch über die Köpfe aller Betroffenen hinweg durchzupauken. Damals ist es der gemeinsamen Einflußnahme der Deputierten der Opposition gelungen, diese Terminsetzung zunächst auf Februar 1976 und später sogar, dann allerdings gemeinsam mit den SPD-Deputierten, auf März 1976 zu verlängern.

- (B) Das mit dieser Terminverlängerung verbundene Unterlaufen der ursprünglichen Zeitplanung der Bildungsverwaltung sowie die aus dieser eingeräumten Mitsprachemöglichkeit weit über 275 sich ergebenden Stellungnahmen, die zum größten Teil alles andere als schmeichelhaft für die Schulpolitik der SPD sind, mögen erklären, warum sich die SPD-Deputierten nach der am 13. April erfolgten Neuvorlage des Stufenplans zu keiner Diskussion mit den Betroffenen mehr bereit finden wollten und alle Anträge der CDU, die darauf abzielten, den Betroffenen auch jetzt ein echtes Mitspracherecht einzuräumen, rücksichtslos abgeschmettert haben.

Damit, meine Damen und Herren, sind am 13. April in der Deputation für Bildung die Mitwirkungsrechte aller Betroffenen ausgeschaltet worden. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Bremische Bürgerschaft als Ganzes heute zu einer Beschlußfassung im Sinne unseres Antrags und damit im wohlverstandenen Interesse aller Betroffenen hier kommen wird.

(Beifall bei der CDU)

Was, meine Damen und Herren, war denn nun in den mehr als 275 Stellungnahmen so wenig schmeichelhaft für die SPD? Selbst die unter Behördenaufsicht durchgeführte Auswertung dieser Stellungnahmen läßt deutlich erkennen, daß der Stufenplan und damit vor allem die Einführung der Orientierungsstufe zum Schuljahr 1977/78 mit großer Mehrheit ganz entschieden abgelehnt wird, und zwar aus den verschiedensten Gründen!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

An dieser Tatsache kann auch die Aussage in einer der Deputationsvorlagen — quasi zum Eigentrost für den Senator — nichts ändern, „Befürworter von Entwicklungen hielten es häufig nicht für notwendig, dies auch noch schriftlich zu dokumentieren“.

Wenn Herr Senator Thape wirklich annehmen sollte, daß alle Betroffenen, die nicht geantwortet haben, schulpolitisch auf seiner Seite stehen, dürfte das allerdings nur eine sehr vage Hoffnung sein!

(Beifall bei der CDU)

Bei der Auswertung der Stellungnahmen aber hat sich noch eine weitere Tatsache gezeigt, die für die künftige Entwicklung des bremischen Schulwesens von entscheidender Bedeutung sein wird: Obwohl die Betroffenen angewiesen worden waren, nur organisatorische Bedenken geltend zu machen, befassen sich, wenn man die Ortsamts- und Stadtteilbeiräte mit ihren vorwiegenden SPD-Mehrheiten ausnimmt, nur etwa 10 Prozent der Ausführungen in den Stellungnahmen mit rein organisatorischen Fragen. Etwa 90 Prozent befassen sich mit dem Schulgesetz vom Februar 1975, das ja die gesetzliche Grundlage für diesen Stufenplan darstellt, mit der in diesem Schulgesetz von der knappen SPD-Mehrheit festgelegten Einführung der Orientierungsstufe zum Schuljahr 1977/78 sowie mit der von der SPD einseitig vertretenen Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule in Bremen und Bremerhaven.

Wenn die Bildungsverwaltung ausdrücklich festgestellt hat, daß bei der Überarbeitung des Stufenplans nur die Änderungsvorschläge berücksichtigt worden sind, die sich unmittelbar auf die Schulorganisation beziehen, und die zudem auch dem Schulgesetz vom Februar 1975 nicht widersprechen, so ist das aus der Sicht dieser Verwaltung zwar logisch und Rechtens, zugleich aber ergibt sich daraus, daß etwa 90 Prozent aller Aussagen der Betroffenen keinen Eingang in die Neubearbeitung des Stufenplans gefunden haben. Um so mehr sollte sich jedoch —

(Abg. Fluß [SPD]: Herr Dr. Sieling, Sie haben doch Logik!)

Ja, aber wenn Sie mit Logik an die Vorlagen der Verwaltung herangehen, müssen Sie das herauslesen! Ich habe die Stadtteilbeiräte ausgenommen, da diese sowieso die SPD-Mehrheit vertreten.

Um so mehr sollte sich jedoch die den Senat tragende SPD-Fraktion angesprochen fühlen und sich ehrlich fragen, inwieweit sie für die Zukunft geneigt sein will, ihre noch vorhandene Alleinregierung in Bremen zu mißbrauchen, die integrierte Gesamtschule gegen den ausgesprochenen Willen der großen Mehrheit von Eltern, Schulen und vielen anderen Betroffenen als Regelschule durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU — Abg. v. Hassel [SPD]: Das ist doch falsch!)

Und das, bevor überhaupt greifbare positive Ergebnisse aus den Versuchen mit der integrierten Gesamtschule vorliegen!

Das, meine Damen und Herren, ist der beste Beweis dafür, daß es der SPD in Bremen überhaupt nicht um eine ehrliche Abwägung des Für und

(C)

(D)

- (A) Wider der möglichen Schule der Zukunft geht, sondern daß es ihr einzig und allein darum geht, ihre ideologisch gebundenen bildungspolitischen Vorstellungen durchzusetzen, ohne Rücksicht auf den Willen des größten Teils der Elternschaft, und ohne Rücksicht auf das wohlverstandene Interesse der Kinder in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Wie unterscheidet sich nun der soeben neu vorgelegte Stufenplan von dem im November vorgelegten Plan? War der damals vorgelegte Erstentwurf zum Stufenplan finanziell abgestimmt auf die im Finanzplan vorgesehene Investitionshöhe, so erfordert der inzwischen neu vorgelegte Entwurf, der nur einen Teil der rein organisatorischen Wünsche der Betroffenen berücksichtigt, einen Mehrbedarf von rund 25 Millionen DM. Dieser Betrag, meine Damen und Herren, steht bislang gar nicht zur Verfügung und muß erst noch eingeworben werden.

- (B) Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der SPD, was wird geschehen, falls die schlechte Haushaltslage des Landes Bremen nach Meinung der Haushaltsexperten einen solchen zusätzlichen Aderlaß nicht zuläßt? Welche horrenden Gesamtsumme wird dann erst die gesamte Umgestaltung des bremischen Schulwesens nach dem Schulgesetz vom Februar 75 erfordern? Leider ist bisher noch niemand von der Bildungsverwaltung, noch niemand von Seiten der SPD und noch niemand vom Senat in der Lage gewesen, diese unsere immer wieder erhobene Frage nach den Gesamtkosten auch nur annähernd zu umreißen!

Eine gewichtige Verschlechterung des neuen Entwurfs gegenüber dem alten besteht sicher darin, daß über die bislang schon laufenden Vorklassen und Eingangsstufen hinaus keine weiteren Vorklassen, wie ursprünglich vorgesehen, neu eingerichtet werden sollen. Damit, meine Damen und Herren, wird gerade die von der SPD immer wieder geforderte Chancengleichheit entscheidend getroffen. Darf es uns doch nicht darum gehen, Chancengleichheit erst im 5. und 6. Schuljahr anzustreben! Viel wichtiger ist, daß die Chancengleichheit bereits bei den noch nicht schulpflichtigen Kindern ansetzt, damit diese schon zu Beginn des ersten Schuljahrs mit einigermaßen gleichen Voraussetzungen in die Primarstufe einlaufen können.

Einen weiteren Nachteil gegenüber dem Erstentwurf des Stufenplans sehen wir darin, daß man bei den Klassenfrequenzen für die Orientierungsstufe nicht — wie bisher — von der Zahl 30 ausgeht, sondern diese nunmehr zumindest für das Schuljahr 77/78 auf 33 verschlechtern will.

Eine erhebliche Rolle in der Kritik an der geplanten Einführung der Orientierungsstufe haben die vorgesehene Dependancen gespielt. Im Schuljahr 77/78 werden sich auch nach dem neuen Stufenplan nur etwa 70 Prozent der Schüler der Klassen 5 in Schulen des ihnen zugedachten Sekundarbereichs I befinden.

(C) Etwa 30 Prozent aber werden in Dependancen unterrichtet werden müssen. Meine Damen und Herren, es kann sogar vorkommen, daß eine einzige Einheit Orientierungsstufe sich auf drei Standorte verteilen muß. So die Verwaltungsvorlage!

Auch die Frage der nicht ausreichenden Vorbereitung der Lehrer auf ihre neue Tätigkeit, die Frage der nicht ausreichend zur Verfügung stehenden Fachräume, sowie all die Fragen, die mit den Schwierigkeiten einer konsequent schulunabhängigen Orientierungsstufe nun einmal verbunden sind, werden auch nach dem neu vorgelegten Stufenplan in keiner Weise besser gelöst als nach dem alten.

Noch ein wichtiger Punkt! Im Hinblick auf die neuzugestaltende Oberstufe an den Gymnasien ist man inzwischen den Betroffenen wenigstens dem Schein nach etwas entgegengekommen. Selbst die SPD hat einsehen müssen, daß es von den Lehrern als unzumutbar empfunden werden muß, über Jahre hinweg viel Arbeit in die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe investiert zu haben und jetzt erfahren zu müssen, daß ihr Gymnasium nach dem Willen der Mehrheit der SPD gar keine Oberstufe behalten soll. Unter dem Druck der Beteiligten und insbesondere auch unter dem Druck der politischen Opposition hat man sich nunmehr, wenn auch mit erheblichen Bauchschmerzen bei einigen Kollegen der SPD, bereiterklärt, für eine bis zu fünf Jahre dauernde Übergangsphase solche neugestalteten Oberstufen an den herkömmlichen Gymnasien zu belassen.

(D) Es muß jedoch mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden, daß die SPD nicht gewillt ist, die gymnasialen Oberstufen über diese fünf Jahre hinaus zu erhalten, sondern daß sie diesen nur noch einmal eine Verschnaufpause zugestehen will. Und auch das nur, meine Damen und Herren, solange diese Oberstufe, wie es in der Vorlage so schön heißt, „kostenneutral“ durchgeführt werden kann.

Vergleicht man den neu vorgelegten Stufenplan mit dem Erstentwurf vom November 75, so kann man zusammenfassend folgendes feststellen: Unsere entschiedenen Bedenken gegenüber dem bisherigen Stufenplan bleiben auch gegenüber seiner Neufassung voll bestehen.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus ist bei diesem zweiten Entwurf zu kritisieren, daß keine weiteren Vorklassen und Eingangsstufen eingerichtet werden, daß die Sonderschulen überhaupt nicht erfaßt worden sind,

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Mensch, das ist schon fünfmal gesagt worden!)

daß rund ein Drittel aller Schüler der Orientierungsstufe in Dependancen unterrichtet werden sollen, daß die Klassenfrequenzen in der Orientierungsstufe um drei erhöht werden sollen, daß die neugestalteten Oberstufen der Gymnasien nur eine Verschnaufpause von höchstens fünf Jahren erhal-

- (A) ten, daß der Raumbedarf für die notwendige Ausweitung des Kurssystems nicht erfüllt wird, daß auf der anderen Seite aber Klassenräume in großer Zahl leerstehen werden, und schließlich, daß der neue Plan gegenüber dem alten weitere 25 Millionen DM Mehrkosten erfordert, die nicht gedeckt sind, und vor allem, daß die Gesamtkosten für die von der SPD beabsichtigte Umgestaltung des bremischen Schulwesens nicht einmal annäherungsweise erfaßt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Der neu vorgelegte Stufenplan enthält somit gegenüber der Erstfassung dieses Plans lediglich Verbesserungen in rein organisatorischen Punkten, soweit Wünsche der Betroffenen berücksichtigt worden sind. Diesen Verbesserungen stehen die soeben genannten Verschlechterungen gegenüber. Im Grundsätzlichen aber, meine Damen und Herren, hat sich überhaupt nichts verändert. Die Orientierungsstufe soll weiterhin gegen den Willen der Bevölkerung, gegen den Willen der Schulen und gegen den Willen der politischen Opposition bereits im Schuljahr 77/78 ohne die genügende Vorbereitung eingeführt werden.

(Erneuter Beifall bei der CDU — Abg. v. Hassel [SPD]: Aber, aber!)

- (B) Die integrierte Gesamtschule, Herr von Hassel, soll über den Stufenplan ihrer Verwirklichung als Regelschule in Bremen nähergebracht werden. Daran gibt es doch gar keinen Zweifel.

Alles das widerspricht den schulpolitischen Auffassungen der CDU.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Aber das hat doch mit dem Stufenplan nichts zu tun!)

Wir haben uns daher in der Deputation sowohl bei der Abstimmung über den Stufenplan als auch bei der Abstimmung über die Einzelpläne konsequent verhalten und diese Pläne abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Deputierten der CDU und beim Gesamtplan auch die Deputierten der FDP sind in der Deputationssitzung am 13. 4. von den Schulexperten der SPD überstimmt worden. Überlegen Sie gut, meine Damen und Herren von der SPD, ob es richtig ist, in diesem besonderen Fall den Mitgliedern Ihrer Fraktion in der Deputation für Bildung zu folgen und damit unseren heute im Interesse der Betroffenen vorgelegten Antrag niederzustimmen.

(Beifall bei der CDU — Abg. v. Hassel [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Vielleicht setzt sich da doch noch der eine oder andere von Ihnen, eingedenk seiner Elternschaft von lernwilligen Kindern, über die vorgesehene Fraktionsmeinung hinweg und stimmt unserem Antrag zu. Schön wärs!

(Beifall bei der CDU)

- (C) Sollte, Herr von Hassel, das jedoch nicht der Fall sein, dann können wir nur noch auf einen Absatz in der Deputationsvorlage hoffen, in dem es wörtlich heißt — ich zitiere —: „Der Stufenplan enthält politische Vorgaben. Entfallen oder ändern sich solche Setzungen oder kommen neue hinzu, ist der Stufenplan revisionsbedürftig“. Soweit das Zitat!

Meine Damen und Herren, das Entsprechende gilt gottlob auch für die Revisionsbedürftigkeit des Schulgesetzes vom Februar 1975.

(Abg. Stichweh [SPD]: Jawohl, das gilt!)

Noch ist die Bildungsverwaltung angewiesen — das räumen wir ein —, nach diesem mit dünner SPD-Mehrheit beschlossenen Gesetz zu verfahren. Um für die Zukunft die Weichen im Interesse der großen Mehrheit der Betroffenen neu stellen zu können, bedarf es auch hier einer Änderung der sogenannten Setzungen.

Das aber, meine Damen und Herren von der SPD, heißt im Klartext, der mündige Bürger hat das Wort! Er allein kann durch seine Stimmabgabe dafür sorgen, daß die in diesem Hause heute noch vorhandene hauchdünne Mehrheit der SPD spätestens im Jahr 1979 dahinschmilzt und Platz macht für eine wirklich fortschrittliche, ideologiefreie Schulpolitik!

(Starker Beifall bei der CDU — Abg. v. Hassel [SPD]: War das die Wahlkampf-eröffnung für 1979?)

(D) **Vizepräsident Bugla:** Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. v. Groeling-Müller (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die liberale Fraktion in diesem Hause hat versucht, der sozialdemokratischen Mehrheit zuzureden, eine sinnvolle Bildungsreform festzulegen. Eine sinnvolle Bildungsreform, beginnend mit der Elementarstufe, beginnend mit den Fünf- und Sechsjährigen. Das ist geschehen in einer Vorlage zum Schulgesetz, das wir entsprechend ändern wollten. Die Mehrheitsfraktion hat diese Vorlage abgelehnt. Wir werden uns jetzt auf das Schulgesetz und seine Folgen einstellen müssen. Eine dieser Folgen ist der vorliegende Stufenplan.

Soll nun dieser Antrag auf Stopp des Stufenplans heute der letzte Sturm sein? Ich fürchte, es wird nicht der letzte Sturm sein!

(Abg. Neumann [CDU]: Sicher nicht!)

Nur wird im nächsten Sturm Rechenschaft verlangt werden über die Sturmschäden. Wenn diese Sturmschäden dann ebenso notdürftig pflasterverklebt werden wie die Schäden der letzten Sturmflut, dann werden die Wellen über den Verantwortlichen dieses übereilten Stufenplans zusammenschlagen.

(Abg. Neumann [CDU]: Sehr gut formuliert!)

- (A) Schäden der Reform, wegen der Reform an der falschen Stelle, wegen der Reform zur falschen Zeit.

(Beifall bei der FDP)

Reparieren werden sich diese Schäden wegen der Überstürzung nicht lassen. Reparieren kann man Schäden an Maschinen, reparieren kann man nicht Schäden an unseren Kindern, an unseren Jugendlichen.

Die Freien Demokraten halten an einer Reform unseres Bildungswesens fest. Diese Reform ist unbedingt notwendig, weil unser bisheriges Bildungswesen, und wenn es noch so gut funktioniert, und wenn es noch so gut geölt ist, und wenn die jungen Leute fast nur Einsen und Zweien nach Hause brächten, diese Reform ist nötig, weil unser Bildungswesen in der bisherigen Organisation unserer Meinung nach den Anforderungen der Zukunft, den Anforderungen der sich ändernden Welt einfach nicht Stand hält, meine Damen und Herren.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Die liberalen Deputierten in der Bildungsdeputation haben grundsätzlich den Vollzug des Stufenplans als Ganzes abgelehnt. Sie haben gesagt, das ist Bildungsreform an der falschen Stelle, Bildungsreform zur falschen Zeit. Meine Damen und Herren, sie haben sich damit angeschlossen zahlreichen Eltern, sie haben sich angeschlossen vielen Schulen, sie haben sich angeschlossen vielen Organisationen, und sie haben sich auch angeschlossen einer Reihe von Lehrern und Fachleuten bis hinein in die Schulbehörde. Denn auch dort hat eine Reihe von Leuten sehr schweren Herzens diesen Plan kommen sehen.

Sicher lassen sich manche Bedenken überkleistern, indem man auf eine Reihe von Wünschen eingeht. Wie so oft im Leben schweigt dann Grundsatzkritik, wenn man diesen und jenen kleinen Wunsch im eigenen Bereich erfüllt sieht. Das sollte man nicht mit Zustimmung grundsätzlich bezeichnen. Man sollte auch nicht meinen, daß die Kritik damit erloschen ist, aber es ist so irrsinnig schwer zu sagen, welches sind die genauen Folgen des Stufenplans. Könnten wir das mit mathematischer Genauigkeit voraussagen, und der Kollege Fluß würde uns sicher wieder ein wissenschaftlich fachqualifiziertes Gutachten vorschlagen und meinen, dann wäre alles gelöst, meine Damen und Herren, könnte man das voraussagen, hätten wir es einfacher.

Die CDU hat einen Orkan vorausgesagt, wir fürchten, es wird eine Reihe von unnötigen Schwierigkeiten geben, und es wird für die Betroffenen viel, viel, viel

(Zuruf: Und noch mehr!)

zusätzliche Arbeit geben. Bedauerlich, es hätte sich an richtiger Stelle mehr gelohnt mit solcher Arbeit. Wir meinen nicht, daß mit dem Stufenplan das Abendland untergeht, wir meinen nur, es ist viel

- Mühe an einer nicht so erfolgversprechenden Stelle, (C) meine Damen und Herren!

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, zur Einführung des Stufenplans: Der Anlaß dazu war die Einführung der Orientierungsstufe. Dieser erste Entwurf des Stufenplans war ganz deutlich eine Zumutung! Eine Zumutung für Eltern, Lehrer, Schüler, Betroffene, ja, eine Zumutung für Politiker! Ich habe das letzte Mal darauf hingewiesen, daß man mit solchen Zumutungen Demokratie kaputt macht. Es fehlte mir nur noch das wissenschaftliche Gutachten, dann wäre wieder alles geflickt worden, so wie bei der Margarine. Entschuldigung, ich wollte keine Industriezweige angreifen!

Meine Damen und Herren, inzwischen hat sich die SPD den dringenden Mahnungen der Opposition in mehreren Fällen gebeugt: Sie hat die Termine verlängert. Trotz dieser verlängerten Termine ist es ein schwieriger Galopp durch das Gestrüpp des Stufenplans geblieben für die, die fundiert dazu Stellung nehmen wollten und nicht nur grundsätzlich ablehnen wollten.

Meine Damen und Herren, die SPD hat eine — nein, ich möchte genauer sagen, die Schulbehörde —, hat eine zweite Version des Stufenplans am 5. April vorgelegt. Und ich muß sagen, sie hat damit versucht, ihre Dummheiten und ihre Zumutungen in der ersten Version auszubügeln. Die Vorlage ist technisch mustergültig. Das muß ich sagen, obwohl wir insgesamt den Stufenplan ablehnen. Wir haben mit dieser Vorlage, um noch Einfluß auszuüben, eine ganze Reihe von Einzelinitiativen gefordert, wir haben den Gestaltungen einzelner Schulbezirke zugestimmt, und wir haben in einzelnen Punkten einige Verbesserungen durch Zustimmungen erreichen können. Deshalb auch unsere Mitarbeit, auch wenn wir den Stufenplan in toto abgelehnt haben.

Wenn Herr Dr. Sieling sagt, die SPD hat sich nicht genügend eingestellt auf die Bedenken, so muß ich in zwei Punkten eine deutliche Einstellung hier hervorheben. Der erste Punkt: Auf das Verlangen der liberalen Abgeordneten haben Senator und Sprecher der Deputation, beide von der SPD, zugestimmt, wenn Friktionen auftreten, dann werden sie überprüft, und es wird geändert, und zwar unverzüglich. Ich halte das wenigstens für ein Entgegenkommen.

(Beifall bei der FDP)

Und zum Zweiten: Ich mag zwar beklagen, meine Damen und Herren, daß wir nach fünf Jahren vor einer ähnlichen Situation bei den Gymnasien stehen, dennoch betrachte ich das als Einsicht und als Entgegenkommen, daß man die Oberstufen der Gymnasien zumindest fünf Jahre weiterarbeiten läßt, daß man die NGO, die neue gymnasiale Oberstufe, die Reform der gymnasialen Oberstufe, in Ruhe einarbeiten kann.

(D)

- (A) Und auch danach kann nicht eine Explosion stehen, die das Gymnasium vernichtet, sondern danach stehen Schulzentren der Sekundarstufe II, und wir wissen aus der Erfahrung der letzten Monate, auch von meiner alten Schule, die in so einer Sekundarstufe II sitzt, daß die Zusammenarbeit sich nur auf den Schultern der Lehrer dort vollziehen wird, wenn die mitziehen, und daß Wunder gar nicht geschehen können, sondern das muß hier Ergebnis von sachlicher Arbeit sein.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Hier müssen wir heute schon den Senator und dieses Haus warnen: Anordnungen und Befehle, es ist alles zu integrieren, so, wie das Schulgesetz sie zum Teil gibt, werden so nicht laufen können.

(Beifall bei der FDP)

Aber, ich glaube auch gar nicht, daß sie so laufen werden. Es wurde ja das letzte Mal schon betont, daß das zwar im Schulgesetz steht, aber so genau wörtlich nicht genommen werden kann. Man kann da sowieso, weil es so mit heißer Nadel genäht wurde bei dem Schulgesetz, nicht alles wörtlich nehmen.

- (B) Aber ich muß dann doch noch eine Frage oder einen Hinweis an unsere Kollegen in opposito, an die CDU, richten. Ich verstehe das nicht so ganz, was mein Kollege Dr. Sieling hier gesagt hat, „die fast ausschließlich negativen Stellungnahmen“. Wo, muß ich fragen, wo nimmt ein so bravouröser Mathematiker wie Dr. Sieling solch eine Rechnung her? Ich fürchte, das heißt Apfel und Birnen zusammenzählen! Meine Damen und Herren, geschätzte Kollegen in opposito, sollten wir solch einer Rechnung wirklich zustimmen? Ich gebe zu, daß ich auf dem neueren Gebiet der Mathematik, der Mengenlehre, einige Lücken habe. Vielleicht geht es um diese Ecke, aber ich bin da auch nicht so ganz sicher. Vielleicht hülfe das Gutachten vom Mathematiker-Kollegen Fluß.

Noch einmal, meine Damen und Herren, möchte ich die liberale Grundposition verdeutlichen, ehe ich Hinweis gebe auf einige Folgen, die wir tragen müssen wegen der Welle Stufenplan.

Erste Grundposition: Wir Liberalen sind im Grundsatz für die Stufenschule, weil sie mehr Chancengleichheit bringt, und weil ein altes System die Aufgaben, die vor uns liegen, nicht bewältigen kann.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberalen sind im Grundsatz für die Schulzentren, weil sie Elemente der Stufenschule sind, weil wir uns mehr Chancen und Anregungen für die Schüler in der sich wandelnden Welt versprechen, und weil sie nach unserer betriebswirtschaftlichen Überrechnung auch billiger ist als die alten Schulsysteme, bei verbesserter Qualifikation und verbessertem Angebot. Voraussetzung: Es dürfen

- (C) keine Mammutschulen sein! Das möchte ich immer wiederholen.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, was die Liberalen aber so mißtrauisch macht, ist, daß dieser Stufenplan, dieser Krempelplan, anfängt mit der Einführung der Orientierungsstufe. Das ist Reform am falschen Ende!

(Beifall bei der FDP)

Nicht mit der Orientierungsstufe, sondern mit der Eingangsstufe für die Fünf- und Sechsjährigen sollte man anfangen!

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Vor allem, meine Damen und Herren, weil die Grundschule in zunehmender Weise Platz bietet und Lehrkräfte bietet mit unseren abnehmenden Jahrgängen. Also müßten wir den Stufenplan ändern, schrittweise mit der Elementarstufe anfangen!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Reform zur falschen Zeit! Ich muß es wiederholen! Wir fangen mit diesem Schritt, dem Einheitsschritt in die Orientierungsstufe über den Stufenplan, an im Jahr 1977/78, wo wir uns auf dem Scheitelpunkt des Schülerbergs befinden. Alles, was wir dafür planen, planen wir für eine zu große Anzahl von Schülern. Wir werden die Kapazitäten, die wir wegen dieser Einführung zum Termin brauchen, nicht ausnutzen können in Zukunft dann!

(D)

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Wir tun das daneben. Wir hätten später ansetzen —

(Zuruf des Abg. v. Hassel [SPD])

Zwei, drei Jahre später, Herr Kollege, würde in derselben Weise weniger Geld, weniger Aufwand, weniger Anstrengung kosten,

(Beifall bei der FDP)

und wir könnten uns auf andere Dinge, die so nötig sind, das wissen Sie doch, konzentrieren!

(Abg. v. Hassel [SPD]: Aber unterrichten wollen Sie sie doch wenigstens?)

Meine Damen und Herren, wer spricht denn davon, daß wir Unterrichte aufgeben wollen? Das dürfte doch — na ja — eine ostfriesische Bemerkung sein, meine ich.

Der Stufenplan, meine Damen und Herren, mit seiner schlagartigen Einführung 1977/78 überanstrengt also die Finanzen, weil man zusätzliche Änderungen zu dieser Zeit einbaut. Überanstrengung der Finanzen zu jener Zeit heißt, aus anderen Töpfen im Bereich der Bildung muß Geld weggenommen werden oder dann wird — wie mir gestern Herr Senatsdirektor Dücker sagte —, es

- (A) wird gar nicht weggenommen, sondern es wird weiter Stützunterricht gegeben, dann wird aber die notwendige Ausweitung einfach nicht möglich sein, weil die Finanzen hier konzentriert beim Stufenplan eingesetzt werden in einem falschen Moment. Es wird also Lücken geben, es wird Schwierigkeiten geben. Wir sollten den Stufenplan aufschieben, wir sollten mit den Fünf- und Sechsjährigen in der Elementarstufe beginnen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Die Einführung der Orientierungsstufe bringt erhebliche Schwierigkeiten. Sie bringt erhebliche Schwierigkeiten, weil die Stundentafel geändert ist, die eine etwa ein Viertel Verkürzung der wesentlichen Fächer Deutsch, Rechnen und Englisch bringt, dafür zwar naturwissenschaftliche Pflaster klebt, die als Errungenschaft gefeiert wurden letzthin hier im Hause. Aber diese erheblichen Mängel in einer Grundsatzreform sind eine Gefahr, die uns erst zu vorsichtigen Erprobungen solcher Verkürzungen kommen lassen sollten.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sollten erproben, ehe wir das im Grundsatz alles durchziehen in einem Schritt.

- (B) Meine Damen und Herren, der Stufenplan bringt auch neue Lehrpläne, wissenschaftlich auf vielen Seiten abgedruckte, sauber erarbeitete, mit einem wissenschaftlichen Gutachten, wie es der Kollege Fluß fordert, versehene Lehrpläne. Aber, noch nie hat Theorie genau auf die Praxis gestimmt! Und wer mir sagt, diese Lehrpläne seien systematisch erforscht und durchgeprobt, der sagt die Unwahrheit!

(Beifall bei der FDP)

Sie sind in Einzelheiten durchgeprobt, sie sind in Einzelheiten versucht, sie sind gelegentlich, ohne feste Einführung, durchgespielt worden. Eine systematische Durcharbeitung ist nicht erfolgt!

Und die so oft zitierten Schweden verlangen, daß man zur Erprobung eines Lehrplans, ehe man ihn in einem Schritt überall verbindlich einführen kann, zehn Jahre braucht. Würden Sie doch die Hälfte, würden Sie ein Viertel brauchen, meine Damen und Herren, dann wären wir Ihnen schon dankbar, weil wir das Schlimmste befürchten. Verschieben Sie den Stufenplan, beginnen Sie mit den Fünf- und Sechsjährigen in der Eingangsstufe!

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, und noch ein Grundproblem, das der Stufenplan uns aufladen wird und was ich außerordentlich mißtrauisch betrachte: Wir kehren mit dem Stufenplan, mit der neuen Pädagogik, zu Opa Lübkes einklassiger Dorfschule zurück. Da wurde die innere Differenzierung auch schon durchgeführt, und es gibt wieder Allwissenshaftler, wie sie die Margarine, wie sie die Marga-

- (C) rinefritzen mit Sondergutachten gegen die Butter finden. Diese Sondergutachten sagen: Innere Differenzierung ist das Neueste, ist das Beste, ist das Erfolgsversprechendste.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Heute haben Sie es mit dem Brotaufstrich, gleich kommt die Marmelade!)

Meine Damen und Herren, warum beklagen denn die Kollegen in den Schulen die Verkürzung der äußeren Differenzierung? Die innere Differenzierung ist die Notbrücke des Geldmangels, weil man zur falschen Zeit am falschen Ort begonnen hat. Darüber könnten wir noch außerordentlich und gründlich und lange streiten. Es gibt sehr widersprüchliche Erfahrungen. Meine Erfahrungen mit der inneren Differenzierung und bei denen, die sie versuchen, sind negativ.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Wo haben Sie die gesammelt? Auch in der Grundschule?)

Auch aus einem ganz simplen Grund, Herr Kollege! Ich bin länger als Sie in der Gewerkschaft und länger als Sie im Unterricht.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Das wollen wir nachher mal prüfen!)

Das können wir gern prüfen! Seit 1954 und seit 1945!

(Abg. Lahmann [FDP]: Ist ja gut! — Abg. v. Hassel [SPD]: Da gab es die GEW noch gar nicht! — Das ist ein Aufschneider!)

(D)

Dort trifft man die Basisdiskussion. Dort streiten wir! Dort streitet man darüber, wie kann man Schule vernünftig gestalten. Und dort wird über diese Pläne und Ansätze geredet, meine Damen und Herren, auch über die innere Differenzierung.

Aber lassen Sie mich weiterkommen! Der Streß, die Eile im Elternhaus für Schüler, für Lehrer wird so unendlich groß sein. Die Ärzte haben darauf hingewiesen. Sie sind so mit einer lässigen Handbewegung weggewischt worden. Die wissenschaftlichen Gutachten können nur aus dem Bildungshaus vom Kollegen Fluß angefordert werden. Meine Damen und Herren, die Aufwendungen für den Stufenplan führen zu erheblichen Einschränkungen des Stützunterrichts. Wenn wir sozial helfen wollen, wenn wir die sozial Schwachen nicht benachteiligen wollen, dann müssen wir in größter Eile den Stufenplan zurückschrauben auf die Einführung von Eingangsstufen für die Fünf- und Sechsjährigen. Dann können wir sozial handeln. Wir bauen hier unser Schulsystem um zu Lasten der sozial Schwachen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Stützunterrichte, Förderunterrichte, Ausländerunterrichte, alles wird ganz erheblich leiden.

- (A) Nun noch einen letzten Appell, meine Damen und Herren! Noch ist nicht bewältigt das Problem Hauptschule. Noch ist nicht bewältigt die Unterbringung und die berufliche Bildung der Sonderschüler. Schon zeichnen sich mit den größer werdenden Jahrgängen gerade in diesem Bereich ganz erhebliche Arbeitslosenzahlen ab. Wo sind die Pläne des Senators, mit denen man diese Dinge bewältigen kann?

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Anstatt solche Pläne zu machen, anstatt hier einen Schritt zu tun, anstatt die Jugendlichen dort von der Straße zu holen, anstatt dieser Dinge werden Pläne gemacht am falschen Ort und zur falschen Zeit.

Und wenn Sie mir nicht glauben, gehen Sie hin zur allgemeinen Berufsschule am Steffensweg und sehen Sie zu, meine Kollegen von der Gewerkschaft, wo dort die vorgeschriebene gewerkschaftlich erstrittene Arbeitszeit bleibt! Wo dort der Urlaub der Lehrer bleibt!

(Beifall bei der FDP)

Es ist zwar nicht vorgeschrieben, aber aus der dringenden Notwendigkeit wird mehr gearbeitet und mehr geleistet. Aber das wird unter den Tisch gekehrt. Die Leute haben noch nicht einmal genug Räume. Hier sind brennende Ansatzpunkte. Und mit anderen Dingen vernachlässigen wir sie, ich möchte manchmal sagen, leichtfertig. Aber ich möchte sagen, Sie wissen es scheint's nicht besser. Wenn wir uns darum kümmern würden, müßten wir alle mehr Einsatz zeigen.

(B)

Zum Ergebnis, meine Damen und Herren! Wenn die Liberalen an diese Heilige Kuh der Sozialdemokraten, an die Orientierungsstufe denken, wegen deren Verwirklichung so viel trotz perfekten Stufenplans vernachlässigt wird, wenn die Liberalen an die sträfliche Vernachlässigung von Hauptschülern und Sonderschülern und arbeitslosen Jugendlichen denken, was sollen wir da tun? Und wenn die Liberalen dann diesen so unzulänglichen Antrag der CDU anschauen mit seinen zusammengezählten Äpfeln und Birnen, was sollen wir da tun? Aber bitte, die Birnen sind klein gegen das Schwerkewichtige, was angerichtet wird mit dem Stufenplan, deshalb muß die liberale Fraktion diesem Antrag der CDU zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bugla: Das Wort hat der Abgeordnete Stichweh.

Abg. Stichweh (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf das eingehen, was der Kollege Dr. Sieling gesagt hat. Aber mir fiel — es tut mir leid, daß ich das so sagen muß — da der Spruch ein „Getretener Quark wird breit, aber nicht stark“. Anders kann ich das nicht sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (C) Wenn Sie behaupten, daß wir in der Terminplanung Sie vor Zeitzwänge gesetzt haben, dann ist das auch nicht richtig. Wir diskutieren diesen Stufenplan von November bis April, und ich meine, das ist eine ganz angemessene Frist.

Wenn Sie weiter sagen, daß 90 Prozent der Stellungnahmen zum Stufenplan ablehnend sind, da muß ich auch eins sagen, da gibt es den berühmten Spruch: „Es gibt die Lüge, die schlimme Lüge, und es gibt die Statistik!“ Das trifft in diesem Fall wirklich zu, so wie Sie die Statistikauswertung in diesem Fall vorgenommen haben.

Es kommt noch besser! Während Herr Neumann bislang immer in der Diskussion um den Stufenplan für die CDU erklärt hat, dieses Ding, der erste Entwurf, ist finanziell überhaupt nicht abgesichert — ich denke an seine Äußerung, daß er sogar vom Zweimilliardending gesprochen hat —, ist Herr Neumann heute korrigiert worden, und zwar durch seinen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, durch Herrn Dr. Sieling, der nämlich heute gesagt hat, während der erste Entwurf mit den Finanzplanungsdaten finanziell abgesichert war, ist der neue Plan um 25 Millionen D-Mark überhöht, die nicht abgedeckt sind, wobei das stimmt, daß wir diese 25 Millionen D-Mark noch darstellen müssen.

Aber interessant ist, daß der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion zumindest den Ersten Vorsitzenden der CDU-Fraktion, was den Stufenplan angeht und die finanzielle Absicherung, korrigiert hat, so daß ich mir den Fall — die Zettel liegen noch da hinten, wo ich das nochmal nachweisen wollte — jetzt schenken kann. Herr Dr. Sieling hat mir das abgenommen nachzuweisen, daß wir das Ding finanziell solide geplant haben.

(Abg. Neumann [CDU]: Weisen Sie das nach!)

Schauen Sie mal rein, Herr Neumann, da steht das alles drin, da ist alles vorgerechnet, lassen Sie sich das Ding mal zeigen. Man merkt wirklich, daß Sie nicht mehr in der Bildungsdeputation sind.

(Beifall bei der SPD)

Dann zu dem, was der Kollege von Groeling-Müller gesagt hat! An sich wollte ich nicht auf das eingehen, wie die FDP sich in der Bildungsdeputation verhalten hat. Ich muß es aber noch einmal kurz darstellen. Bei praktisch allen Einzelbezirken hat die FDP zugestimmt. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Bedenken geäußert, die zum größten Teil von uns geteilt worden sind, so daß wir uns bei der Beratung der Einzelbezirke, der einzelnen Planbezirke ununterbrochen einig waren mit der FDP. Und dann kommt die Schlußabstimmung, und da stimmt die FDP dagegen.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Da bekam sie Bauchschmerzen! — Abg. Lahmann [FDP]: Na und?)

- (A) Das ist eine Sache, Herr Lahmann, die ich manchmal sogar als Lahmannismus bezeichne.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

In den Einzelheiten zeigt man sich verständig, da zeigt man sich einsichtig, da ist man bereit, in der Sache nachzugeben und sich in die Sache einzulassen, und wenn die CDU Theaterdonner macht, dann krakelen Sie mit! Das ist nämlich das, was Sie hier praktiziert haben.

(Starker Beifall bei der SPD — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Dich unterstützte ich in Zukunft nicht mehr! — Stürmische Heiterkeit)

Also, Herr von Groeling-Müller, wenn Sie nur wegen dieser Auslassung bereit sind, Ihre bildungspolitischen Einsichten aufzugeben, dann muß ich allerdings wirklich fragen, was ist das eigentlich noch wert, was Sie hier eben vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. v. Hassel [SPD]: Er meint es ja nicht so ernst!)

Ja, ich habe ja selbst auch lassen müssen.

Ich meine nur, um das noch einmal zu relativieren, daß der erste Ansatz, den der Kollege von Groeling-Müller hier gezeigt hat, ja sehr sachlich abgewogen war, daß aber ganz zum Schluß die Pferde etwas mit ihm durchgegangen sind, wenn er beispielsweise davon sprach, daß die Orientierungsstufe eine Heilige Kuh der SPD ist. Dabei ist die Orientierungsstufe eine Sache, die von der Kultusministerkonferenz und auch von der Bund-Länderkommission für Bildungsplanung beschlossen ist. Und ich habe mich eben ganz kurz vergewissert: Zumindest auch von zwei Ministern beziehungsweise Senatoren der FDP, die auch Mitglieder der Kultusministerkonferenz sind. Vielleicht erkundigen Sie sich mal über die Einzelheiten.

Jetzt zum CDU-Antrag, der ja heute eigentlich unserer Debatte zugrunde liegt. Der CDU-Antrag geht von falschen Voraussetzungen aus — ich darf das zitieren —, wenn er von „fast ausschließlich negativen Stellungnahmen der Eltern, Schulen, Ortsamts- und Stadtteilbeiräten sowie der betroffenen Organisationen“ spricht. Zitat Ende! Dieser Antrag hat an sich zum Ziel, die alte Strategie fortzusetzen, die über eine gewisse Zeit am Anfang des Jahres nicht ganz unwirksam gewesen ist, nämlich in Sachen Bildungspolitik eine breite Verunsicherung der Bevölkerung herzustellen.

Und es ist interessant, wenn es heißt, daß also fast alle Ortsamts- und Stadtteilbeiräte abgelehnt haben, denn wir wissen, daß, wenn man sich mit der Sache beschäftigt, sehr viele CDU-Stadtteilbeiräte beziehungsweise Ortsamtsbeiräte diesen überarbeiteten Stufenplan mit tragen. Das ist ausgesprochen widersprüchlich.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

- (C) Es ist eben eingegangen worden auf die Bedenken der Kinderärzte. Auch diese Sache hat sich die CDU ja zu eigen gemacht. Insgesamt kann man sagen, daß die Front gegen den Stufenplan eine publizistisch sehr wirksame Allianz von doch mehr oder weniger elitären Gruppen ist. Ich darf

(Beifall bei der SPD)

hier beispielsweise den Brief der Kinderärzte nur insofern erwähnen, als daß ich feststelle, daß Herr Senator Thape gebührend darauf geantwortet hat.

Ich habe nichts dagegen, daß Ärzte sich politisch äußern, ich finde das sogar gut, nur müssen auch Ärzte die Grenzen ihrer wissenschaftlichen und geistigen Einsicht kennen. Wir werden es kaum erleben, daß Lehrer, die fast alles besser wissen, daß Lehrer sich beispielsweise über Operations- und Anästhesiemethoden auslassen, wenn ein Schüler im Krankenhaus gerade behandelt werden soll. Da werden sie auch Zurückhaltung üben.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Und ich erwarte von den Ärzten, daß sie sich politisch äußern, daß sie ihren Sachverstand einbringen. Das hat auch Senatsdirektor Dückler in seiner Antwort deutlich gemacht. Aber wir erwarten, daß sie die Grenze ihres Sachverstands selbstkritisch richtig einschätzen.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Und in diesem Zusammenhang begrüßt meine Fraktion auch das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Eltern, die die Kinderärzte aufgefordert hat, ihre Behauptung öffentlich zu belegen. Es heißt dort in einer Meldung der „Bremer Nachrichten“ vom 22. 4. — ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten —: „Sollte der Berufsverband eine solche Diskussion ablehnen, müsse der Eindruck entstehen, die Kinderärzte hätten bei ihrem Eingreifen in die Diskussion um den Stufenplan leichtfertig und aus Motiven gehandelt, die mit ihrer ärztlichen Verantwortung nicht vereinbar sind“. Das schreibt die Arbeitsgemeinschaft.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Ich sprach davon, daß es hier darum geht, daß eine außerordentlich engagierte — das muß man zugeben —, eine außerordentlich engagierte Minderheit publizistisch teilweise recht wirksam gewesen ist. Für uns aber, die wir dem gesamten Volk verantwortlich sind, stellt es sich doch so dar, daß der Arbeitnehmer aus dem Bremer Westen das gleiche Recht hat, in solchen Sachen Beachtung zu finden wie der Bürger aus Schwachhausen, und davon haben wir auszugehen.

(Beifall bei der SPD)

So wird beispielsweise die überwiegende Ablehnung, die wir aus Schwachhausen registrieren müssen, bei weitem dadurch aufgehoben, daß wir eine

- (A) ganz breite Zustimmung aus dem Bereich Bremen-Nord vorfinden.

Fast jede fünfte Stellungnahme kommt aus dem Bereich Schwachhausen. Ich darf hier mal zwei Schulen beispielsweise erwähnen. In der Schule am Baumschulenweg, die weniger als ein Prozent der Schüler hat, haben sich geäußert der Elternbeirat und das Kollegium ablehnend, alles nur ablehnend, Elternbeirat und Kollegium drei Seiten, der Schülereleitersprecher setzt noch eine fünf Seiten lange ablehnende Stellungnahme dazu. Es schreiben weiter die Elternsprecher der Klasse 2c, der Klasse 1b, der Klasse 2d, der Klasse 3b, der Klasse 3b insgesamt dann noch einmal zwanzig Seiten Ablehnung dazu.

Nehmen wir jetzt das Gymnasium an der Schwachhauser Heerstraße, das Kippenberggymnasium! Es hat etwas mehr Schüler. Wir kommen auf etwa ein Prozent der Schüler. Hier erwarten uns vierzehn ablehnende Stellungnahmen aus dieser Schule von insgesamt 35 Seiten.

Ähnliches ließ sich übrigens in der Zeit über den Leserbriefmarkt vermelden. Wir können also davon ausgehen, daß ungefähr zwei Prozent der bremischen Elternschaft etwa 20 Prozent der ablehnenden Stellungnahmen interpretiert haben. Und so muß man Statistik auswerten, das weiß jeder, der sich ein ganz klein wenig damit beschäftigt hat.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Es ist ohne Zweifel in einer gewissen Phase der Diskussion der Fall gewesen, daß auch breitere Schichten der Öffentlichkeit etwas verunsichert worden sind. Ich habe das beim letzten Mal schon ausgeführt, daß das teilweise recht gewissen- und verantwortungslos ist, weil man nämlich die etwas bildungsferneren Schichten insbesondere hier verunsichert hat.

Ich meine, durch die überarbeitete Form des Stufenplans, wie er auch von der Deputation mit den SPD-Stimmen beschlossen worden ist, durch diese überarbeitete Form ist weitgehend diesen Bedenken Rechnung getragen worden, so daß wir jetzt — das zeigt auch die öffentliche Reaktion — von einer breiten Zustimmung ausgehen können. Wenn ich mir den gesamten Diskussionsprozeß, der abgelaufen ist, vor Augen führe, dann kann ich nach wie vor sagen, daß es sich hierbei um ein Musterbeispiel demokratischer Schulplanung gehandelt hat.

(Starker Beifall bei der SPD)

Das haben offensichtlich auch die Gegner, die unterschiedlichen Gegner, eingesehen, die im Januar noch mit Klage gedroht haben, die jetzt gesagt haben, wir werden aber kritisch darauf achten, ob dieser Stufenplan auch wirklich so abläuft, wie ihr das versprochen habt. Und auf diese Kritik, das sage ich mit allem Freimut, auf diese Kritik sind wir angewiesen.

Wenn ich davon spreche, daß es sich hier um ein Beispiel demokratischer Planung handelt, dann gehe

ich davon aus, daß Planung nicht eine Sache ist, die man irgendwann einmal macht und die dann erledigt ist, sondern ich bin da mit Senator Thape völlig einer Meinung, daß Planung ein Prozeß ist, eine Sache ist, die fortgeschrieben werden muß. Und ich darf zunächst erst einmal kurz darstellen, welche Vorteile wir uns für die Zukunft davon versprechen. Ich will nicht im Vergangenen bleiben. Ich möchte jetzt auf das abstellen, was durch den Stufenplan, der durch die Bildungsdeputation beschlossen worden ist und hoffentlich auch heute hier nicht ausgesetzt wird, erreicht werden kann.

In den ersten drei Monaten eines neuen Schuljahres werden die Schülerzahlen erfragt und aufgenommen, und sie werden dann mit dem Plan jeweils verglichen. Man kann dann also feststellen, wie weit man getroffen hat. Übrigens, in den vergangenen Jahren ist, was Schülerzahlen angeht — in anderen Dingen war es nicht so gut —, was Schülerzahlen angeht, eine Fehlerquote von unter einem Prozent ständig die Regel gewesen bei der Planungsabteilung, so daß wir davon ausgehen können, daß in der Richtung, was Schülerzahlen angeht, außerordentlich gut geplant worden ist.

Dann kann man aufgrund dieser Korrektur, die die Planungsabteilung vornimmt, bis Weihnachten dieses den parlamentarischen Gremien — sprich Deputationen und auch den Ortsamts- und Stadtteilbeiräten — zur Stellungnahme vorlegen. Gleichzeitig können die Mitbestimmungsgremien wie Elternschaft und Lehrerschaft ebenfalls sich über das orientieren, was die Planungsabteilung vorsieht. Das läßt sich um Weihnachten herum oder kurz nach Neujahr erledigen.

Dann fließen die Stellungnahmen zurück. Die Planungsabteilung überarbeitet das, und wir haben den Zustand mit diesem Stufenplan, wenn er nicht ausgesetzt wird, daß wir ein halbes Jahr vor Beginn des neuen Schuljahres bereits wissen, wie das künftige Schuljahr ablaufen soll. Und das bringt uns in einer Sache, wo es in der Vergangenheit zugegebenermaßen Schwierigkeiten gegeben hat, einen erheblichen Fortschritt. Ich meine hiermit die Lehrerzuweisung. Und meine Fraktion geht auch davon aus, daß in Zukunft die Lehrerzuweisung durch diesen Stufenplan reibungsloser klappt, als das bisher der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die CDU, ich meine, teilweise schon aus Gründen, die mit Wahlkampf zu tun haben, davon spricht, daß also überwiegende Teile der Bevölkerung den Stufenplan abgelehnt haben, so hat sie beispielsweise einige Elemente der parlamentarischen Demokratie dabei außer Acht gelassen. Es wurden nämlich Einzelstellungennahmen, von Einzelpersonen abgegeben, genauso stark gewichtet wie beispielsweise Stellungnahmen von so großen Organisationen wie den Gewerkschaften, Zentralelternbeirat und der Stadtteilbeiräte. Und ich meine, wenn Sie das tun, dann flüchten Sie an sich aus Ihrer

(C)

(D)

(A) parlamentarischen Verantwortung! Ich halte das für ausgesprochen böse!

Die FDP und die CDU beklagen, daß der Stufenplan begonnen wird, während die geburtenstarken Jahrgänge gerade die Klassenstufen fünf und sechs, sprich die Orientierungsstufe, durchlaufen. Dazu muß man folgendes sehen: Wir gehen grundsätzlich davon aus, daß möglichst viele Schüler in den Genuß dieser Reform kommen sollen. Wir machen es nicht so wie Herr Albrecht beispielsweise, der noch wenige Tage vor seinem überraschenden Regierungsantritt erklärt hat, er würde den Lehrermangel in den niedersächsischen Grund- und Hauptschulen innerhalb von zwei Jahren beseitigen, und zwar den Lehrermangel und den Unterrichtsausfall.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Hat er das so gesagt?)

Ja, ich bin an einer niedersächsischen Schule, und dort hat eine Kollegin das sogar ans Schwarze Brett geheftet. Ich hoffe, daß es deswegen keinen Ärger gibt. Ich erinnere an das DKP-Plakat, das da in der Universität gehangen hat. Also, das war aber auch kein Plakat, das war ein Zeitungsausschnitt, deswegen habe ich das so lebendig vor Augen.

Aber das ist mittlerweile schon erledigt, Herr Gassdorf, Sie können beruhigt sein,

(Abg. Gassdorf [CDU]: Ich war gar nicht aufgeregt!)

(B) denn drei Monate später backt Herr Albrecht schon viel kleinere Kekse,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

er läßt nämlich durch seinen Kultusminister Remmers erklären, man brauche fünf Jahre, um diesen Unterrichtsausfall zu beseitigen. Und das hat doch zur Konsequenz, daß in fünf Jahren der Schülerberg aus der Grundschule heraus ist. Und das ist CDU-Bildungspolitik: Abwarten, bis die Probleme sich von alleine erledigen!

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten nehmen aber die Herausforderung an, wir stellen uns dem Schülerberg und wollen, daß alle Schüler in den Genuß dieses Stufenplans kommen.

Und nun kommt noch etwas ganz Besonderes, das habe ich mir an sich so ein bißchen aufgehoben! Das Pikante an der ganzen Angelegenheit ist ja folgendes: Wir hatten zwar Osterferien und sehr viel Zeit zur Vorbereitung dieser Sitzung, aber die CDU hat ihre Ablehnung, beziehungsweise es ist ja keine Ablehnung, es ist ja Aussetzung, die Aussetzung des Stufenplans bereits am 29. März beschlossen und beantragt, zu einem Zeitpunkt, als die überarbeitete Fassung überhaupt noch nicht vorlag.

(Abg. Meyer [SPD]: Das ist typisch!)

(C) Die haben also schon vorher gewußt, daß sie jetzt heute nein sagen könnten beziehungsweise Aussetzung beantragen können.

Das ist ganz typisch und spricht für meine Verhältnisse davon, daß Sie Diskussionsprozesse nicht ernst nehmen, die in der Öffentlichkeit geführt werden, denn wenn Sie das ernst nehmen würden, dann müßten Sie auch davon ausgehen, daß weitere Anregungen, die aus der öffentlichen Diskussion gekommen sind, in diesen neuen Stufenplan eingegangen wären, und dann hätten Sie nicht vorher den Antrag stellen können. Sie hätten nämlich zeitlich sogar Gelegenheit gehabt, das später zu tun! Aber das, was der Bürger sagt, und wie weit die Verwaltung das einarbeitet, das scheint Sie gar nicht zu interessieren!

(Beifall bei der SPD)

Was tut nun dieser Stufenplan? Ich möchte noch einmal einige Sachen kurz aufzählen. Herr Dr. Sieling hat schon richtig zitiert, daß er die rechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Schulgesetzes schafft. Weiterhin beschreibt dieser Stufenplan, wie nichts anderes, was wir vorher vorliegen hatten, genau den Umfang von bildungspolitischen Maßnahmen bis hin in die einzelne Schule. Es hat noch nie eine derartige präzise Übersicht gegeben! Und solche Übersichten erleichtern doch dem Parlament die Kontrolle, denn jetzt können wir nachsehen, schwarz auf weiß, ob die Verwaltung das tut, was die Deputation, sprich das zuständige parlamentarische Gremium, beschlossen hat. Das ist doch ein ganz erheblicher Fortschritt, das ist mehr Demokratie, und das soll nach dem Willen der CDU ausgesetzt werden.

(D) Es ist Pflicht der Verwaltung und von uns allen, den vorhandenen Schulraum optimal zu nutzen. Man kann also nicht wahllos Klassenräume leerstehen lassen. Das bedeutet aber doch, wenn wir gleichzeitig mit Steuermitteln sparsam wirtschaften wollen, daß für eine Übergangszeit — das Wort unterstreiche ich, Übergangszeit — es notwendig ist, Klassen auch in Räumen unterzubringen, die nicht für diesen Zweck gebaut worden sind.

Und damit sind wir beim Prinzip der sogenannten Dependancen oder der Ausweichquartiere an Orientierungsstufen. Die Orientierungsstufe ist laut Schulgesetz ein Bestandteil der Sekundarstufe I und müßte also auch an diesen Schulen überall untergebracht sein. Aber dann hätten wir sehr viel freistehenden Klassenraum in den Grundschulen, in den Primarbereichsschulen, die die Klassenstufen eins bis vier umfassen, und wir müßten dann in der Sekundarstufe I für wenige Jahre bloß Klassenraum bauen, und da würde man uns mit Recht vorwerfen, wir wirtschaften leichtfertig mit Steuermitteln. Aus diesem Grunde sind diese Ausweichquartiere für eine Übergangszeit notwendig.

Durch die überarbeitete Form des Stufenplans ist die Anzahl der Ausweichquartiere oder Dependancen

- (A) cen von 27 auf 17 reduziert worden, so daß jetzt noch etwa 30 Prozent der Schüler der Klassenstufe fünf und sechs in sogenannten Dependancen unterrichtet werden. Das sind insgesamt fünf Prozent aller Schüler. Das muß man auch hierbei einmal sehen, wenn also darum soviel Theater gemacht wird. Es sind die reinen Orientierungsstufen bis auf Findorff, wo alle Beteiligten zugeben mußten, daß eine andere Lösung nicht möglich ist, abgeschafft worden.

All diese Verbesserungen hat die CDU nicht abgewartet, sie hat vorher die Aussetzung beantragt. Aus diesen Gründen, die ich hier ausgeführt habe, können wir dem CDU-Antrag auch nicht zustimmen. Die SPD-Fraktion wird den CDU-Antrag ablehnen.

Ich möchte noch eine ganz kurze Bemerkung machen zu den einzelnen Bereichen, so zum Primarbereich. Dort wurde das Argument der Verkehrswege gebracht. Eines muß ich sagen, ich gehe davon aus, und das sage ich jetzt einmal als Schulmeister auch, auch als Pädagoge, daß die Eltern — —

(Abg. Wilhelms [CDU]: Das ist ein Unterschied!)

Ja, ich vermeide das immer, meistens! Andere können hier besser schulmeistern als die gelernten Schulmeister, wenn ich das einmal so sagen darf.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir können davon ausgehen, daß die Eltern in der Zeit vor Eintritt in die erste Klasse ihren Kindern beigebracht haben oder ihre Kinder dahingehend erzogen haben, daß diese Kinder an Hauptverkehrsstraßen möglichst oder fast immer ampelgesicherte Verkehrsüberwegungen benutzen. Dennoch, obwohl wir davon ausgehen müssen — das ist auch Pflicht der Eltern und diese Pflicht erfüllen die Eltern auch —, obwohl wir davon ausgehen müssen, sind Hauptverkehrsstraßen, wo gerade eben es möglich gewesen ist, als Einzugsbereichsgrenzen für die Primarbereichsschulen vorgesehen worden.

Eine grundsätzliche Sache möchte ich hier zum Primarbereich sagen. Der Primarbereich, die Klassenstufen eins bis vier, diese einzelnen Schulen, sollen sich nach diesem Stufenplan entwickeln zu einer eigenen kindgemäßen Erziehungs- und Bildungsstätte. Diese Primarbereichsschulen dürfen nicht Zuliefererbetrieb, rein leistungsorientierter Zuliefererbetrieb für die einzelnen Orientierungsstufen werden. Auch die durch das Zweite Besoldungsvereinheitlichungs- und Neuregelungsgesetz gesetzten Diskriminierungen des Primarbereichs finden nicht die Zustimmung der SPD-Fraktion.

In der Orientierungsstufe — und jetzt sind wir bei der Differenzierung — ich muß das doch noch einmal kurz sagen, Herr Kollege von Groeling-Müller —, in der Orientierungsstufe werden wir die gleitende Differenzierung einführen. Diese gleitende Differenzierung dient dazu, wird immer dann eingeführt, wenn Lernunterschiede auszugleichen sind.

- (C) Damit teilen wir ein in Projektgruppen und in Stützgruppen, und es ist nicht so, daß diese Gruppen festgeschrieben werden, sondern diese Gruppen werden jeweils bei einer neuen Unterrichtseinheit durch die pädagogische Verantwortung des zuständigen Fachlehrers neu festgesetzt, so daß also auch schwache Schüler einmal in Projektgruppen sein können und umgekehrt.

Dadurch, auch wenn immer das Gegenteil behauptet wird, wird die Grundlage gelegt, mit der gleitenden Differenzierung, für einen breiten Lernfortschritt für alle Schüler, aber es wird auch ermöglicht, einzelnen Schülern individuelle Lernhilfen zu geben. Damit ist ein weiteres Stück Chancengleichheit erreicht. Befassen Sie sich einmal mit dem Projekt der gleitenden Differenzierung!

Nur eines ist klar: Die vier vorgesehenen Stunden in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik — das habe ich schon immer in der ganzen Diskussion erklärt — sind ausgesprochen problematisch, und die SPD-Fraktion geht davon aus, daß diese vier Stunden zu erhöhen sind. Das hat allerdings, wenn wir das Gesamtstundenvolumen beibehalten, zur Folge, daß in anderen Bereichen es zu Einsparungen kommen muß, und hier werden wir uns zu überlegen haben, ob wir im Bereich der Naturwissenschaften, der ja ausgesprochen extensiv dargestellt worden ist, und unter Umständen auch im Bereich der musischen Fächer, zu gewissen Einsparungen kommen, um also in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik zu einer möglichen Ausweitung zu kommen.

(D)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte nur noch etwas zur NGO sagen! Zur neugestalteten gymnasialen Oberstufe ist zu vermerken, daß der Stufenplan einen fünfjährigen Durchlauf ermöglicht. Das ist hier eben gesagt worden. Die Schülerzuweisung zu diesen neugestalteten gymnasialen Oberstufen soll grundsätzlich überregional erfolgen, so daß die Schülerzuweisung so erfolgt, daß der Schüler sich selbst einen Lernort in der neugestalteten gymnasialen Oberstufe sucht, beziehungsweise einer neugestalteten gymnasialen Oberstufe zugewiesen werden kann nach dem von ihm, vom Schüler, gewählten Schwerpunktfach. Das muß dabei gesehen werden bei diesem fünfjährigen Durchlauf.

Ein weiteres wichtiges Problem, das wir durch den zusätzlichen Bau von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und auch durch den Ausbau der beruflichen Schulen mit meistern müssen, ist das drängendste Problem, das ist das Problem der Jugendarbeitslosigkeit. Und hier muß ich noch einmal an die CDU einen allerletzten Appell richten — noch ist ja die endgültige Entscheidung nicht gefallen —, sorgen Sie dafür, daß die CDU das Berufsausbildungsgesetz im Bundesrat nicht zu Fall bringt!

(Beifall bei der SPD)

Sonst würde ich Ihnen sagen, hat sich bei Ihnen nicht die Vernunft durchgesetzt, sondern wieder

- (A) einmal Herr Strauß! Und das wäre bedauerlich für unsere jungen Leute!

(Beifall bei der SPD — Abg. Wilhelms [CDU]: Legen Sie einmal eine neue Platte auf!)

Meine Damen und Herren, zum Abschluß zum Stufenplan! Eine demokratische Gesellschaft wie die unsere kann sich kein Bildungswesen leisten, in dem eine elitäre Führerschicht auf der einen Seite ausgebildet wird und auf der anderen Seite eine relativ unmündige Masse von breiten Schichten existiert. Wenn wir eine demokratische Schule wollen, dann brauchen wir die demokratische Leistungsschule. Und die demokratische Leistungsschule ist die integrierte Stufenschule! Diese integrierte Stufenschule soll zumindest für die Klassen fünf und sechs durch den Stufenplan eingeführt werden. Das will die CDU mit ihrem Aussetzungsantrag verhindern. Das, meine Damen und Herren, machen wir nicht mit! Die bremische Schule ist bei der bremischen SPD in besten Händen!

(Langanhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Thape ist leider verhindert. Er ist außerhalb Bremens. Er hat mich mit der Vertretung beauftragt, und ich will namens des Senats zur Diskussion kurz folgendes sagen:

Es wird der Vorwurf gemacht, daß der Stufenplan ein Oktroi sei, das heißt, er würde hier verhängt, ohne daß die Betroffenen die Möglichkeit einer gründlichen Einflußnahme auf die Gestaltung ihrer Schule hätten. Eine solche Aussage, wie sie auch vorhin der Kollege Dr. Sieling gemacht hat — er ist ja Kollege, wir sind beide Lehrer, ich finde, man könnte das ruhig sagen —

(Abg. Ostendorff [FDP]: Ich werde immer belehrt, wenn ich Berufsbezeichnungen bringe!)

Ich bin ja gestern auch aufmerksam gemacht worden.

Also, dieses hat vorhin Herr Dr. Sieling auch nochmal versucht zum Ausdruck zu bringen. Der Abgeordnete Stichweh hat bereits auf den Zeitpunkt hingewiesen, zu dem die CDU ihren Antrag gestellt hat. Die CDU hat ihren Antrag aufgebaut auf dem Entwurf des Stufenplans, und die CDU hat dabei vorausgesetzt, daß der Entwurf des Stufenplans auch das Resultat sein wird. Und dieses war der große Irrtum der CDU.

Die CDU verlangt nämlich die Aussetzung eines Stufenplans, von dem sie gar nicht wußte, wie er aussehen wird. Sie verlangt die Aussetzung eines Plans, den sie überhaupt nicht kennt. Es hat nämlich in der Tat eine starke Veränderungsdiskussion

mit neuen Resultaten stattgefunden. Dieses übrigens ist auch von der sonst in der Ablehnung mit der CDU stimmenden FDP-Fraktion bestätigt worden, daß es einen solchen ändernden Diskussionsprozeß gegeben hat.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Rein organisatorisch!)

Meine Damen und Herren, dieses ist kein rein organisatorischer Änderungsprozeß, sondern ist ein Änderungsprozeß, der nachweisbar auch auf das gesamte Angebot der Diskussionsgrundlage des Stufenplans sich erstreckt. Was hat denn stattgefunden? Sie haben in der Deputation für Bildung eine Vorlage erhalten, die erstens alle Stellungnahmen der relevanten Betroffenen enthielt. Zweitens haben Sie eine allgemeine Erläuterung dieser Stellungnahmen von rund 30 Seiten bekommen. Drittens haben Sie zu den speziellen Stadtteilstellungnahmen noch einmal 100 Seiten Text bekommen, und am Ende haben das Ganze tabellarisch aufbereitet noch einmal rund 100 Seiten. Das heißt, die Deputation hat fast 250 Seiten Interpretationstext von der Behörde bekommen.

Was hat die CDU mit diesem Angebot, diesem bewundernswerten Angebot, gemacht? Und ich finde, an dieser Stelle ist es durchaus angebracht, denen, die die planerische Arbeit als Grundlage für diese umfassende Diskussion geliefert haben, nämlich den Mitarbeitern im Hause am Rembertiring, den Mitarbeitern der Bildungsbehörde, ausdrücklich für diese umfangreiche und ausgezeichnete Diskussionsgrundlage zu danken!

(Beifall bei der SPD)

Was hat die CDU mit diesem so transparent gemachten, so aufbereiteten Material gemacht?

Ich will es jetzt doch ein wenig polemisch sagen: Sie hat dieses Material nicht zur Kenntnis genommen! Bevor sie überhaupt dieses Material diskutieren konnte, ist sie in die Bürgerschaft gegangen und hat gesagt, schiebt den Stufenplan auf. Meine Damen und Herren, dieses war bisher nicht parlamentarischer Brauch, daß man Dinge ablehnt, die man noch gar nicht kennt. Dieses ist vor der bremischen Öffentlichkeit nicht zu verantworten. Sie haben sich der Sachdiskussion in der Deputation entzogen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Hätten Sie doch vorhin zugehört!)

Warum? Sie haben sich der Deputationsdiskussion entzogen, weil dieses Arbeitsgremium unter Ausschluß, unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit tagt. Sie wollten die Show des Parlaments. Sie wollten nicht in der Deputation arbeiten, sondern Sie wollten im Parlament das Spektakulum!

(Beifall bei der SPD)

Sie sitzen aber nicht in den Deputationen, um nur Lucki Lucki zu machen,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

- (A) und um dann hier auf den Putz zu hauen, Sie sitzen nach dem bremischen Deputationsgesetz, nach der bremischen Landesverfassung in den Deputationen, um Arbeit zu leisten, nicht um sich zu drücken!

(Beifall bei der SPD)

So!

Und dann hat die Diskussion im Parlament ihren Anfang genommen. Und jetzt wäre ja vielleicht mal der Platz zu sagen, wo und was und wie speziell im einzelnen Ihnen was nicht paßt,

(Abg. Neumann [CDU]: Hat Herr Dr. Sieling doch gemacht!)

da Sie schon dieses in der Deputation nicht geleistet haben.

Wir werden mal gemeinsam das Protokoll lesen, Kollege Neumann, treffen wir uns mal, ich lade Sie ein, und dann werden wir mal prüfen, was Herr Dr. Sieling an konkreten Aussagen zum Stufenplan gemacht hat. Da werden Sie nämlich auch das große weiße Blatt vor sich haben! Hier ist geschimpft worden, hier ist gemosert worden, aber hier ist nicht konkrete Arbeit von Ihnen geleistet worden!

Eines hat er allerdings sich vorhin geleistet, der Abgeordnete Dr. Sieling. Er hat — Herr Stichweh hat schon auf den einen Punkt hingewiesen, daß er die erste Diskussionsgrundlage für im Finanzplan stehend gekennzeichnet hat — —

(B)

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Guter anzunehmen?

Senator Franke: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Guter!

Abg. Guter (CDU): Herr Senator, sind Sie mit mir der Meinung, daß es müßig ist, darüber zu diskutieren, ob ein Arzt einen Schnitt ins Ohr läppchen machen sollte, wenn ein Krebsleiden an der Lunge vorliegt?

(Oho-Rufe bei der SPD)

Senator Franke: Herr Kollege Guter, ich bin der Meinung, daß die Krebsoperation nicht aufgeschoben werden sollte, wie Sie das wollen, sondern daß man sie angehen muß!

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Klein [CDU])

So ein guter Arzt wie Herr Guter bin ich auch, Herr Kollege Klein!

Der Vertreter der CDU-Fraktion hat hier gesagt, leider ist in der Diskussion um den Stufenplan die Anregungswelle, die Fülle der Anregungen der Betroffenen nicht aufgenommen worden. Wir sind der Meinung, daß das nicht stimmt!

Aber was hat er dann weiter gesagt? Herr Dr. Sieling hat gesagt, im ersten Ansatz, vor der Dis-

kussion, da waren Sie in der Finanzplanung. Dann haben Sie Diskussionen geführt, haben den Plan überarbeitet, und jetzt ist das eine so aufwendige Sache geworden, daß Sie das finanziell nicht mehr darstellen können.

Ja, was stimmt denn nun eigentlich? Haben wir die Anregungen nicht aufgenommen, oder haben wir der Anregungen so viel aufgenommen, daß die Sache zu teuer wird? Eines kann doch bloß nur stimmen, Herr Dr. Sieling! Sie unterstellen uns, daß wir die Diskussion zu aufwendig aufgenommen haben, weil das Ding jetzt zu teuer geworden ist. Im gleichen Atemzug sagen Sie aber, wir haben alles beim alten gelassen. Diese Schizophrenie müssen Sie mit sich selber ausmachen!

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Sieling anzunehmen?

Senator Franke: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. Dr. Sieling (CDU): Herr Senator, wären Sie denn in der Lage, diesen Minibetrag von 25 Millionen DM für Kosmetik am alten Stufenplan zu untermauern mit dem Gesamtbetrag, den Ihre gesamte geplante Schulreform kosten wird? Diese Frage wurde immer noch nicht beantwortet.

Senator Franke: Herr Dr. Sieling, wenn wir das vorhandene Potential der in Bremen bestehenden Schulräume, das ohnedies laufende Bauprogramm, was im Investitionsplan nachgewiesen ist, wenn wir dieses alles sowieso einmal als Aktivposten einbringen und dann noch einmal 25 Millionen DM dazu bringen, denn es heißt ja nicht, 25 Millionen DM machen es, die 25 Millionen DM sollen dazu kommen, wenn wir dieses rechnen, dann bin ich allerdings in Kenntnis auch der Summen, um die wir inzwischen streiten müssen, der Auffassung, daß es nicht verantwortlich ist, die 25 Millionen DM Zulage als eine Minikosmetik anzusehen. Dieses ist eine außerordentliche bildungspolitische Anstrengung in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Reden Sie nur so weiter, daß Sie den Bürgern sagen, 25 Millionen DM sind eine Minigeschichte. Wir reden nicht so!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Es kommt auf den Bezugsbetrag an! — Abg. Jakisch [CDU]: Siehe Müllverbrennungsanlage in Bremerhaven! — Heiterkeit bei der CDU — Abg. Stichweh [SPD]: Die CDU will keine Berufsschulen bauen!)

Wir reden hier über ernste Sachen, also lassen Sie uns bei dem Thema bleiben!

In einem Punkt sind sich FDP und CDU einig, obwohl ich deutlich machen möchte, daß die Ableh-

(C)

(D)

- (A) nung der FDP-Fraktion und die Ablehnung der CDU-Fraktion zweierlei ist, und zwar deswegen zweierlei, weil sich die FDP-Fraktion dem Diskussionsprozeß, der Einflußnahme, dem Mitwirken, dem Auswerten des umfangreichen Angebots im Unterschied zu der CDU nicht entzogen hat, sondern hier ihre schulpolitische Potenz in die Diskussion eingebracht hat. Und deswegen ärgern wir uns, daß Sie am Ende ablehnen. Aber, Gott, wir müssen damit leben.

Aber in einem Punkt sind Sie sich einig, die Sache mit der Orientierungsstufe. Und hier, meine Damen und Herren, muß ich seitens des Senats doch betonen, daß der Senat sich in der Pflicht fühlt, in der Pflicht nämlich, zum Abkommen der Ministerpräsidenten über die Einführung der Orientierungsstufe nach wie vor wie alle deutschen Landesregierungen zu stehen. Es gibt nämlich eine Vereinbarung aller Ministerpräsidenten, eine einstimmige Vereinbarung mit den Stimmen der CDU/CSU-Ministerpräsidenten, die auf die Einführung der Orientierungsstufe, und zwar jetzt, zum Zeitpunkt jetzt, abstellt.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist falsch!)

Es gibt weitere Abkommen in der Kultusministerkonferenz, im Auftrag der Ministerpräsidenten übrigens, denn die Kultusministerkonferenz hat hier den Auftrag der Ministerpräsidenten ausgeführt, und auch die Kultusministerkonferenz kann nur einstimmig beschließen.

(B)

(Abg. John [FDP]: Kann!)

Die Kultusministerkonferenz hat immer wieder die Daten fixiert, hat Ausnahmegenehmigungen erteilt, wenn man die Daten nicht einhalten wollte und konnte. Die Kultusministerkonferenz hat sogar in 1974 Stundentafeln für die Orientierungsstufe, die für alle gemeinsam gelten sollen, beschlossen. Wir haben also hier einen bundesweiten Konsens aller Länder. Und aus diesem Konsens, die Orientierungsstufe einzuführen, kann Bremen nicht einseitig ausbrechen.

(Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Sie, meine Damen und Herren von der FDP, betonen immer wieder, daß es darauf ankommt, die Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens zu gewährleisten, um alles zu tun, um ein zu föderatives Auseinanderbrechen zu verhindern. Ich muß Ihnen sagen, mit Ihrem Nein zur Orientierungsstufe zu diesem Zeitpunkt brechen Sie aus dem bundesweiten Konsens aus und bedrohen die Einheitlichkeit der bundesdeutschen Schule, weil die Orientierungsstufe in nahezu allen Ländern eine gegessene Sache ist.

(Abg. Guter [CDU]: Hamburg!)

Und zwar sind sich die Ministerpräsidenten darüber einig, daß es darauf ankommt, dieses auch in Deutschland, in der Bundesrepublik durchzusetzen,

was inzwischen Gewißheit aller westlichen Industrienationen ist, daß man nämlich die Trennung der Schüler in den weiterbildenden Schulprozessen, die Trennung der Schüler zu einem so frühzeitigen Zeitpunkt, wie wir das in der Bundesrepublik immer noch praktizieren, daß dieses überwunden und hinausgeschoben werden muß. Es gibt noch Österreich, die Bundesrepublik und ein paar Kantone der Schweiz, alle anderen machen es inzwischen anders, und, wie ich hinzusetzen muß, vernünftiger.

Und von diesem Ansatz ließen sich die Ministerpräsidenten leiten, und zu diesem Abkommen, und zu dieser Vereinbarung steht das Land Bremen, und es wird sich hier auch von der Opposition nicht aus dieser Pflicht herausdrängen lassen.

Der CDU — das kann ich Ihnen übrigens aus eigener Erfahrung sagen, weil die Orientierungsstufe auch bei der letzten Kultusministerkonferenz in München eine Rolle spielte — kann ich nur sagen, mit der Ablehnung der Orientierungsstufe stehen Sie in striktem Gegensatz zu all Ihren Parteifreunden einschließlich Ihres CSU-Freundes Maier. Es hat bei den Kultusministern kein CDU-Mann erklärt, daß die Orientierungsstufe nicht eingeführt werden soll. Baden-Württemberg hat gesagt, sie machten das

(Abg. Neumann [CDU]: Hamburg führt sie 1981 ein, Herr Senator!)

im Augenblick stärker aufgebaut auf die Versuchsphase, weil sie die Breitenarbeit finanziell sich nicht leisten können.

(D)

Und ich muß Ihnen eines sagen, wenn die Hamburger 1981 kommen, dann haben die Hamburger einen Grund, und den akzeptiere ich, die Hamburger können die gewollte Orientierungsstufe zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bezahlen. Und Geld schafft Fakten!

(Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senator Franke: Ja!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. Dr. Sieling (CDU): Herr Senator, Ihnen ist der Brief doch sicher bekannt, der unterschrieben ist von allen Kultusministern der Länder, auch von Herrn Thape, an den Bundeskanzler und an die Regierungschefs der Länder auf der Basis Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung, und Ihnen ist sicher bekannt, daß darin wörtlich steht: „Die Auffassungsunterschiede in den Fragen der Gesamtschule, der Orientierungsstufe und der Lehrerbildung konnten nicht überwunden werden. Es wurde jedoch Einvernehmen erzielt, daß der Schwerpunkt bei der Einführung der Orientierungsstufe in der inhaltlichen Ausgestaltung liegt“?

Und ist Ihnen weiter bekannt, daß es hierbei doch sehr entscheidend zwischen den einzelnen

- (A) Ländern um die Frage ging, ob generell schulart-unabhängige Orientierungsstufe oder schulartabhängige Orientierungsstufe, und daß all diese Versuche nach wie vor laufen und als laufend angesehen werden?

Senator Franke: Also, Herr Kollege! Herr Dr. Sieling, ich kann das einfach nicht begreifen, wie Sie mit dieser Frage widerlegen wollen, daß ich den bundesweiten Konsens über die Einführung der Orientierungsstufe hier erklärt habe. Ich muß Ihnen sagen, es gibt über die Tatsache der Orientierungsstufe, die nämlich leisten soll eine Verschiebung der zu frühen Selektion der Kinder, über diese Tatsache der Orientierungsstufe gibt es keinen Widerspruch. Es gibt nur unterschiedliche Aussagen über den Inhalt der Orientierungsstufe, und da übrigens unterschiedliche Aussagen nicht etwa nur zwischen SPD und CDU.

Das Saarland zum Beispiel macht eine Orientierungsstufe nach Bremer Muster. Wir sind uns mit dem CDU-regierten Saarland einig in der schulart-unabhängigen Orientierungsstufe, während Schleswig-Holstein die schulartabhängige Orientierungsstufe macht. Es gibt also zwar in der Methode Unterschiede, aber es gibt überhaupt keinen Unterschied über die Einführung der Orientierungsstufe zu diesem Zeitpunkt.

- (B) Und nun eines, Hamburg 1981! Hamburg kann es zu diesem Zeitpunkt nicht bezahlen. Nur, wir weisen doch den Vorwurf zurück, daß Sie uns, weil wir es bezahlen können die gegenwärtige Einführung der Orientierungsstufe anlasten. Die Tatsache, daß wir es im Augenblick leisten können — und daß Bremen sich das wirklich nicht leicht macht, zeigt die sehr intensive Vorbereitung —, daß wir uns dieses im Augenblick leisten können, können Sie uns doch nicht zum Vorwurf machen! Sie sollten uns loben, daß wir es leisten können, die Orientierungsstufe zum gegenwärtigen Zeitpunkt so aufwendig einzuführen.

Ich muß Ihnen sagen, daß diese Bremer Orientierungsstufe, die sorgfältigst geplante Orientierungsstufe in der Bundesrepublik überhaupt ist!

(Beifall bei der SPD)

Und weil das so ist, weil wir nicht improvisiert reinspringen — wir wissen nämlich ganz genau, eine gescheiterte Reform ist der schlimmste Reformgegner —,

(Abg. Lahmann [FDP]: So ist es!)

deswegen gehen wir nur rein, wenn wir der Überzeugung sind, es ist machbar. Und weil wir es machbar machen, deswegen, meine Damen und Herren, verdienen wir diese Oppositionsschelte nicht. Und die Öffentlichkeit wird nämlich begreifen, wenn der unsinnige Leistungsdruck auf unsere jungen Kinder in der Grundschule wegfällt, daß die Orientierungsstufe ein Vorteil ist.

Ich möchte den von Ihnen erwähnten Kinderärzten eines sagen: Die Kinderärzte hätten einmal eine Stellungnahme dazu abgeben sollen, was an unseren Grundschulen im dritten Schuljahr, ja, sogar schon im zweiten Schuljahr passiert im Hinblick auf Selektionsdruck, Übergang zum Gymnasium!

(Beifall bei der SPD)

Der Streß an unseren Grundschulen ist ein Streß, der die Kinderärzte beunruhigen sollte! Und daß wir den Leistungsdruck jetzt um zwei Jahre wenigstens nach oben schieben, um unseren jungen Kindern Luft zu geben, dieses uns vorzuhalten, meine Damen und Herren, zeigt mir, daß die Schulprozesse im Grunde genommen von den Kinderärzten immer noch nicht begriffen werden!

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Ich fasse also zusammen: Die Orientierungsstufe ist eine Vereinbarung aller Bundesländer. Bremen steht zu dieser Vereinbarung, Bremen hat die sorgfältigst vorbereitete Orientierungsstufe der Bundesrepublik, Bremen kann diese Orientierungsstufe bezahlen, Bremen sieht in der Orientierungsstufe einen entscheidenden Beitrag, um Leistungsstreß in der Grundschule abzubauen, Bremen wird seine Reformschritte nur in dem Maße voranbewegen, wie wir sie inhaltlich ausfüllen können, und der Senat hat in dieser Debatte immer noch eine Hoffnung, daß es nicht nur die Mehrheitsfraktion sein wird, die am Ende unsere Reform inhaltlich auch mitträgt.

Wir haben zwar diese Seite abgeschrieben, aber wir rechnen nach wie vor mit der Mittel!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bugla: Das Wort hat Frau Abgeordnete Spies.

Abg. Hannelore Spies (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Kürze der Zeit kann ich leider nicht auf alle Punkte antworten, die hier angesprochen worden sind und die sehr viel Widersprüche enthalten. Ich kann mir nur einiges herausuchen und kurz zusammenfassen.

Die Grundlage des Stufenplans ist genau der ideologische Teil des Schulgesetzes, den wir abgelehnt haben, weil wir gesagt haben: Ideologische Zielvorstellungen gehören nicht in ein Gesetz.

(Beifall bei der CDU)

Die zwingende Notwendigkeit, einen Stufenplan vorzulegen, der das gesamte Bremer Schulwesen auf den Kopf stellt, das nachzuweisen dürfte Ihnen schwerfallen.

Bei der Diskussion um den Stufenplan haben Sie von vornherein alle Einwände zurückgewiesen, die sich mit dem Inhaltlichen befassen, mit den von diesen ideologischen Zielvorstellungen des Schulgesetzes ausgehenden Komplexen. Das ist auch der

(C)

(D)

- (A) Grund, daß wir von vornherein wußten, wenn geändert wird, dann wird nur im organisatorischen Teil geändert. Es werden kosmetische Reparaturen vorgenommen — so ist es ja auch geschehen —, und darum waren wir sehr wohl berechtigt, schon von vornherein festzustellen: Wir wollen auch im Grundsatz diese Umstrukturierung des Bremer Schulwesens nicht. Darum haben wir unseren Antrag so früh eingebracht.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Sie haben das Ganze die demokratischste Art und Weise genannt, die jeweils durchgeführt worden ist. Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie wirklich diese Einwände, die ja trotzdem gebracht worden sind, nämlich zum Inhaltlichen dieses Stufenplans und zur Vorbereitung auf die integrierte Gesamtschule, wenn Sie diese Einwände der breiten Bevölkerung, der Eltern und Lehrer wirklich ernst genommen hätten, dann hätte Senator Thape diesen Stufenplan schon längst zurücknehmen müssen!

Was haben die Eltern denn in Zukunft für eine Möglichkeit, wirklich mitbestimmend mitzuwirken? Sie haben ja nicht einmal die Möglichkeit, in Zukunft über die Schullaufbahn ihrer Kinder zu entscheiden! Sie haben ja nur die Wahl zwischen der staatlichen Schule und der privaten Schule. Und, meine Damen und Herren von der SPD, wer kann denn die Kinder in die private Schule schicken? Das sind doch die von Ihnen so oft zitierten Kapitalisten und die Funktionäre Ihrer Partei, die ihre Kinder ja jetzt schon auf der Privatschule haben!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Und dann wird hier von größerer Chancengleichheit für alle geredet, die durch diese neue Schule angebahnt werden soll. Was für eine Chancengleichheit, sagen Sie mir doch einmal, oder vielmehr welche Erhöhung der Chancengleichheit ist denn da für die Schüler, die in der Hauptschule bedauerlicherweise ihren Abschluß nicht bekommen? Um die sollten wir uns doch kümmern! Oder, wie Herr von Groeling-Müller schon vorher gesagt hat, um die Schüler, die in die allgemeine Berufsschule eingehen und die von dort in das Berufsleben gehen.

Dann bringen Sie als eine weitere Begründung die Tatsache — nicht heute hier, aber im allgemeinen —, daß der Kinderberg jetzt langsam abschmilzt. Das ist doch kein zwingender Grund, das gesamte Schulwesen umzustrukturieren! Meine Damen und Herren, wenn wir weniger Kinder bekommen, dann können wir uns doch endlich den pädagogischen Aufgaben zuwenden. Sinkende Klassenfrequenzen wäre die Konsequenz daraus! Eventuell die Schließung von Schulgebäuden aus dem vorigen Jahrhundert. Ich kann Ihnen einige nennen in Bremen. Pädagogische Maßnahmen wie Stütz-kurse, Förderunterricht und ähnliches! Aber zu sagen, darum müssen wir das ganze Schulwesen umorganisieren, das ist doch geradezu lachhaft! Sie

- (C) hätten mehr Zeit darauf verwenden sollen, die jetzt große Zahl anstehender Kinder sinnvoll in dem bestehenden Schulsystem unterzubringen. Sie hätten Kosten gespart, und Sie hätten der Verwaltung sehr viel Arbeit erspart.

Die Beamten, die mit diesem Zahlenspiel des Stufenplans beschäftigt worden sind, haben weiß Gott großen Fleiß gezeigt und sind hier ja auch eben gelobt worden. Aber, meine Damen und Herren, ich verlange von einem Beamten doch etwas mehr als Fleiß. Ich verlange, daß er sein Wissen verantwortlich einsetzt, daß er verantwortlich seine Vorgesetzten berät und ihnen auch manchmal ab-rät. Und, meine Damen und Herren, in der Planungsabteilung sitzen Pädagogen. Ich frage mich wirklich, wo haben diese Pädagogen bei der Auf-stellung dieses Plans ihr pädagogisches Können und ihr pädagogisches Gewissen gelassen?

(Beifall bei der CDU)

Ein Teil der Begründung, wurde mir einmal ge-sagt, sei auch der Strukturplan. Der Strukturplan ist zehn Jahre alt. Der Bildungsrat hat vor zehn Jahren Empfehlungen gegeben, die bundesweit durch Experimente, durch Versuche mit allen mög-lichen Schularten, unter anderem auch mit der integrierten Gesamtschule, vorbereitet werden soll-ten. Ausgerechnet an der Stelle der integrierten Gesamtschule sind die Ergebnisse in weiten Teilen so negativ, daß man sich wirklich fragt: Wird je-mals der Zeitpunkt kommen, daß diese integrierte Gesamtschule bundeseinheitlich die einzige Schule ist? Ich glaube es nach den Ergebnissen nicht! Wenn wir jetzt hier die Vorbereitung treffen, um diese Schule anzuvisieren und dann einzurichten, meine Damen und Herren, dann wird Bremen isoliert da-stehen.

(D)

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie ha-ben den Bürgern häufig Versprechungen gemacht. Mehr Demokratie — ich ging vorhin schon darauf ein —, gesicherte Arbeitsplätze! Eine Million Ar-beitslose! Ich muß Ihnen aber sagen: Ein Verspre-chen haben Sie hundertprozentig erfüllt. Sie haben in diesem Hause vor ein paar Jahren einmal ver-sprochen, und die Bremen-Werbung hat es über-nommen: Wir wollen den Ruf Bremens verändern. Das ist Ihnen geglückt, besonders mit Hilfe der Bildungspolitik!

(Beifall bei der CDU)

Außerhalb des Landes Bremen, außerhalb der Lan-desgrenzen belächelt man uns!

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

Absolventen der Bremer Universität werden außer-halb Bremens nicht angenommen oder nur mit Vorbehalt und unter großen Schwierigkeiten. Meine Damen und Herren, der Stufenplan setzt allem die

(A) Krone auf! Wirklich eine vollwertige Leistung! —
Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß die Beamten des Hauses des Bildungsressorts hier gegen einen schon an Beleidigung grenzenden Vorwurf verteidigen. Sie haben den Beamten des Hauses am Rembertiring vorgeworfen, daß sie pädagogisch gewissenlos handelten. Ich muß Ihnen sagen, die Beamten des Bildungsressorts haben die Aufgabe, ein von diesem Hause beschlossenes Schulgesetz zu exekutieren. Dies tun diese Beamten nach bestem Wissen und Gewissen. Ihnen zu unterstellen, daß sie pädagogisch verantwortungslos handelten — und das auch noch unter dem Beifall dieser CDU-Fraktion —, ist eine Beleidigung, die ich im Interesse dieser Beamten zurückweisen muß!

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stichweh.

(B) **Abg. Stichweh (SPD) *):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Spies, es ist wirklich besser, wenn man Bildungspolitik mit Fakten macht! Das muß man hier einmal ganz deutlich aussprechen. Ich habe hier vorliegen die Stundentafeln der Orientierungsstufe der übrigen Bundesländer, und jetzt muß ich Ihnen doch mal ein bißchen Nachhilfeunterricht geben, obwohl Sie Mitglied der Deputation für Bildung sind.

Die bremische Stundentafel sieht vor, daß die Schüler 29 Stunden Unterricht haben, und dafür werden wir 39 Lehrerstunden zur Verfügung stellen. Ich nehme zum Vergleich Schleswig-Holstein. Dort haben die Schüler 30 Wochenstunden Unterricht und 30 Lehrerstunden dafür zur Verfügung. Keine einzige Möglichkeit zur Differenzierung, zur Bildung von Kleingruppen und all diese Dinge, die wir hier in Bremen vorgesehen haben!

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es also ausgesprochen stark, wenn Sie hier solche Behauptungen erheben.

Dann haben Sie gesagt, daß Sie schon von vornherein gewußt haben, daß die SPD-Fraktion ja nur organisatorische Klitterungen macht und daß sie inhaltlich überhaupt keine Änderungen macht. Haben Sie denn eben gar nicht zugehört, als ich gesagt habe, daß wir in Gespräche eintreten müssen über die Veränderung der Stundentafel zugunsten der Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch, um dann in den Bereichen der musischen Fächer und der Naturwissenschaften wieder etwas das zurückzunehmen, was dort geplant ist?

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Und ich darf vielleicht einmal darauf eingehen, wie das geplant ist. Wir werden in Musik und in Kunst mindestens zwei Stunden Unterricht pro Woche bewahren können. Aber für diese zwei Stunden stehen vier Lehrerstunden zur Verfügung. Das heißt, in jeder Stunde für Musik und Kunst stehen für die Klasse zwei Lehrer zur Verfügung. Das heißt, man kann in Kleingruppen arbeiten, was für die Instrumentalausbildung außerordentlich wichtig ist. Genau das gleiche Prinzip werden wir in den Naturwissenschaften aufrechterhalten. Dort haben die Schüler drei Stunden in der Woche Unterricht, und für diese drei Stunden stehen ihnen sechs Lehrerstunden zur Verfügung. Gucken Sie doch mal die übrigen Stundentafeln an, auch die von sozialdemokratisch regierten Ländern! Die weisen nicht im entferntesten das auf, was wir hier in Bremen machen.

Dann haben Sie gesagt — und das war übrigens der schlimmste Vorwurf, und das steht übrigens auch in Ihrer Broschüre, die Sie im Januar gemacht haben —, Sie haben gesagt, das Elternrecht wird gegenstandslos. Es heißt wörtlich, auch in Ihrer Broschüre: „Aber auch Paragraph 5 Absatz 2 des Schulgesetzes, wonach der Erziehungsberechtigte nach Klasse 6 ein Wahlrecht bei der Bestimmung des weiteren Bildungsweges seiner Kinder hat, wird gegenstandslos“.

(D) Meine Damen und Herren, das ist schlichtweg falsch, und das ist gelogen, denn es heißt im Bremischen Schulgesetz, daß über die Zuweisung nach Klasse 6 ausschließlich die Eltern entscheiden. Das heißt, diese Gutachtertätigkeit, die wir jetzt in den Grundschulen noch haben nach der 4. Klasse, fällt weg.

Und dann gucken Sie sich doch mal an, was die in Schleswig-Holstein machen, wie die Differenzierung dort aussieht! Dort heißt es — ich darf zitieren —: „Kein besonderes Differenzierungssystem, da die Orientierungsstufe schulformgebunden ist. Zuweisung zu den verschiedenen Orientierungsstufen auf der Grundlage des Schulgutachtens“. Dort wird nach der Klasse 4 das Elternrecht mit Füßen getreten, dort entscheiden die Lehrer. Hier bei uns wird das Elternrecht in der absolut breitesten Art und Weise ausgedehnt, wie es überhaupt nur möglich ist, und dann diskriminieren Sie das so!

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie gesagt, es wäre überhaupt keine Chancengleichheit mehr da. Ich kann Ihnen ehrlich sagen, Sie haben dabei zum Beispiel völlig vergessen, daß 70 Prozent der Kinder in der 5. Klasse in der Grundschule verbleiben. Darüber haben Sie kein Wort verloren. 80 Prozent unserer jungen Leute gehen nach der 9. oder 10. Klasse ins berufsbildende Schulwesen. Darüber haben Sie kein einziges Wort verloren! Sie setzen sich hier nur für die Belange von Schülern ein, die durch ihren Schulbesuch nachgewiesen haben, daß sie mit dem Instru-

- (A) ment Schule gut und sehr gut zurechtkommen. Aber für die, die Schwierigkeiten haben, für die setzen Sie sich hier nicht ein!

(Starker Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie behauptet, die Ergebnisse der Gesamtschulen seien überwiegend oder fast ausschließlich negativ. Meine Damen und Herren, sind denn diese 400 Eltern aus Bremen-Osterholz, die ihr Kind zur Gesamtschule Ost angemeldet haben, der Meinung, daß sie ihrem Kind Schaden zufügen wollen? Das können Sie doch beim besten Willen nicht behaupten! Sie haben jahrelang die Gesamtschulen madig gemacht, und es ist Ihnen nicht gelungen, den Blick dieser Eltern zu trüben, denn wir haben noch nie eine solche breite Zustimmung zu den Gesamtschulen gefunden.

Und wenn Sie vom Ruf Bremens sprechen, dann fragen Sie mal die vielen Lehrer, die sich von auswärts nach Bremen bewerben, wie die darüber denken! Die sind auch der Meinung, daß die bremische Bildungspolitik den Ruf Bremens geprägt hat, allerdings anders rum. Bremen hat einen sehr guten Ruf durch seine fortschrittliche, verantwortungsvolle Schulpolitik!

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat Frau Spies! — Eine Minute noch!

- (B) Abg. Hannelore Spies (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Minute macht es mir leider nicht möglich, auf all den Nonsens einzugehen, den Herr Stichweh eben hier vorgebracht hat.

(Oho-Rufe bei der SPD — Abg. v. Has-sel [SPD]: Das ist unerhört!)

Ja, wenn er schon sagt, Lüge, dann kann ich schon sagen, er sagt Nonsens.

(Beifall bei der CDU)

Da wir aber überzeugt sind, daß der Stufenplan und die Entscheidung über den Stufenplan, die Entscheidung, die ja heute ansteht, von enormer Wichtigkeit ist, daß jeder einzelne, der Kinder in der Schule hat — und da sind ja auch Leute in der Fraktion der SPD —, seine Stimme dazu geben sollte, beantrage ich namentliche Abstimmung.

(Oho-Rufe bei der SPD — Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. v. Groeling-Müller (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vorab dem Senator Franke noch einige Dinge sagen zu seiner Erinnerung. Bremen hat die Orientierungsstufe am sorgfältigsten vorbereitet von allen Bundesländern! Meine Damen und Herren, die Reformatoren unseres Bildungswesens hat-

ten es so eilig, und es war ihnen ein so großes Anliegen, daß man in anderen Bundesländern sehr starke Kompromisse eingegangen ist. Die Zeit der Vorbereitung hat bei uns ein bißchen länger gedauert. Aber wenn Sie objektiv die vernünftige Vorbereitung messen, ist das noch kurz. Ich habe das Beispiel Schweden genannt, zehn Jahre Lehrplanerprobung, sauber und wissenschaftlich klar. Vorbereitung sorgfältig, aha, meine Damen und Herren!

Zweiter Punkt: Die Hamburger haben die Orientierungsstufe aus Geldmangel ausgesetzt, heißt es! Na ja, die haben eben das Geld in die Brennpunkte gesteckt. Ich hatte Sie ja darum gebeten für meine Fraktion, aber Sie haben das nicht so recht akzeptiert. Die Hamburger haben das Geld aufgewendet zur Verbesserung der Situation der Hauptschule. Die Hamburger haben das Geld aufgewendet zur Verbesserung der Situation der Sonderschule. Die Hamburger haben das Geld aufgewendet für die Verbesserung der Situation arbeitsloser Jugendlicher in der Berufsschule. Die Hamburger Freien Demokraten haben den Stufenplan und die Orientierungsstufeneinführung aufgehalten in Hamburg, weil sie diese Gründe für wichtiger hielten als den Gleichschritt in die Orientierungsstufe zum falschen Zeitpunkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt noch ein weiterer Punkt, den ich Ihnen sagen möchte! Der Kollege Stichweh hat uns vorgehalten, die Liberalen hätten den Stufenplan bis in die Einzelheiten durchgearbeitet. Danke! Die Liberalen hätten den Stufenplan mitzugestalten versucht. Ja! Die Liberalen hätten fast allen Planungen für die Schulbezirke zugestimmt, weil sie diese Gestaltung für vernünftig ansahen. Ja, haben wir! Die Liberalen haben dann aber den Gesamtstufenplan abgelehnt, weil sie ihn als Reform an der falschen Stelle und zur falschen Zeit ansahen. Das haben wir getan, um Ihnen unsere Grundeinstellung klarzumachen!

Meine Damen und Herren, ist das aber ein Widerspruch, ist solche Mitarbeit falsch?

(Abg. Dr. Scherf [SPD]: Nein, ist gut!)

Meine Damen und Herren, sollen Oppositionsparlamentarier ihre Arbeit denn einstellen, wenn sie mit einer Vorlage nicht einverstanden sind? Soll die Opposition totale Opposition machen und nicht mitarbeiten an einer Gestaltung der Demokratie? Diesen Gefallen, Opposition im Schmollwinkel zu treiben, diesen Gefallen, meine Damen und Herren, werden Ihnen die Freien Demokraten hier im Parlament nicht tun!

(Beifall bei FDP und SPD)

Die Freien Demokraten, die Liberalen in diesem Parlament, werden wie in den Deputationen konstruktive Opposition machen.

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

- (A) Wenn Sie solch konstruktive Opposition Lahmannismus nennen, meine Damen und Herren, dann werden wir mit aller Kraft Lahmannismus betreiben!

(Stürmische Heiterkeit — Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, die Abgeordnete Frau Spies hat namens der CDU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Gemäß Paragraph 57 Absatz 3 der Geschäftsordnung heißt es: „Namentlich abgestimmt wird auch dann, wenn dies vor Beginn der Abstimmung Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. Bei einem solchen Antrag findet weder Begründung noch Aussprache statt“. Die Voraussetzungen zur namentlichen Abstimmung sind also gegeben.

Weiter heißt es: „Abgestimmt wird bei namentlicher Abstimmung in alphabetischer Reihenfolge. Nach Beendigung des Namensaufrufs wird durch Aufruf des Alphabets Gelegenheit zur nachträglichen Abstimmung gegeben. Weichen die Aufzeichnungen der Schriftführer voneinander ab, so daß das Ergebnis zweifelhaft ist, so wird die Abstimmung wiederholt.“

- (B) Bei der namentlichen Abstimmung wird nur die einfache Erklärung mit Ja oder Nein zugelassen, sowie die Erklärung, daß man sich der Stimme enthält. Vorbehalte, Bedingungen oder eine Begründung sind nicht statthaft.“

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung.

(Unruhe — Glocke)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns im Abstimmungsvorgang, ich bitte um Ruhe!

Ich werde nur die Namen und Vornamen ohne irgendwelche Zusätze aufrufen.

(Es folgt der Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt noch einmal in alphabetischer Reihenfolge die Anfangsbuchstaben auf, die bei den Namen der Abgeordneten eine Rolle spielen. Wenn einer bisher nicht aufgerufen wurde, kann er sich noch bei Aufruf des Anfangsbuchstabens melden.

(Es erfolgt der Aufruf der Anfangsbuchstaben der Namen der Abgeordneten)

Meine Damen und Herren, damit ist die namentliche Abstimmung abgeschlossen. Ich bitte, das Stimmenergebnis festzustellen.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis ist mir von den Mitgliedern des Präsidiums gerade übereinstimmend mitgeteilt worden. Es haben für den Antrag gestimmt 45 Abgeordnete. Gegen den An-

- (C) trag haben gestimmt 52 Abgeordnete. Drei Abgeordnete waren nicht anwesend.

Damit ist der Antrag abgelehnt. *)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Hilfen für Spätaussiedler

Antrag der Fraktion der CDU vom 30. März 1976
(Drucksache 9/151)

Zu Beginn der Sitzung ist von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossen worden, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Sonderurlaub bei der Bewerbung für die Wahlen zum Bundestag oder zur Bürgerschaft

Antrag der Fraktion der FDP
vom 30. März 1976
(Drucksache 9/152)

Wir verbinden hiermit

Wahlkampfurlaub

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
vom 22. April 1976
(Drucksache 9/176)

(D)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Franke.

Die dringliche Behandlung des Antrags Drucksache 9/176 hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer gestrigen Sitzung beschlossen. Der Antrag unter Punkt 26 der Tagesordnung ist unterzeichnet von den Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP. Der Dringlichkeitsantrag ist unterschrieben von dem Abgeordneten Neumann und Fraktion der CDU.

Beide Anträge liegen den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete von Schönfeldt.

Wir haben uns eine Redezeit von bis zu fünf Minuten vorgenommen.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die FDP-Fraktion mißt diesem Antrag grundsätzliche Bedeutung zu. Aus folgenden Gründen:

Erstens: Der Antrag entspricht einer Initiative der bayerischen FDP. Eine entsprechende Regelung hat der bayerische Rechts- und Verfassungsausschuß am 20. 3. 1976 auf Antrag der FDP mit 10 zu 8 zu 1

*) Namentliche Abstimmung siehe am Schluß des Plenarprotokolls.

- (A) beschlossen, das heißt, auch mit Stimmen der CSU- und SPD-Vertreter. Das Plenum soll inzwischen eine dem CDU-Antrag entsprechende Regelung, die heute hier vorgelegt worden ist, mit Mehrheit beschlossen haben. Die Mehrheit im Bayerischen Landtag fürchtete offenbar um das Wohl ihrer beamteten Kandidaten.

Zweitens: Die FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft hat diesen Antrag deswegen eingebracht, obgleich von dieser Regelung sämtliche drei Spitzenkandidaten der Wahlkreise für die Bundestagswahl im Oktober betroffen sein werden, weil sich die Fraktion mit diesen Kandidaten der Problematik und der von der Bevölkerung sicherlich nicht zu verstehenden Bevorzugung öffentlich Bediensteter gegenüber den Freiberuflern und übrigen Arbeitnehmern bewußt ist, weil es uns darum geht, meine Damen und Herren, insoweit Chancengleichheit herzustellen. Der von uns nicht zu erfassende Bundesbeamte, dessen sind wir uns natürlich im klaren, wird sich dann schon von selbst einschränken.

Wir wollen einen Beitrag gerade jetzt zur Sparbarkeit und Arbeitseffizienz der durch Stellensperre ohnehin in die Pflicht genommenen übrigen Beamtenschaft leisten,

(Beifall bei der FDP)

- (B) und, meine Damen und Herren, wir wollen einer Verbeamtung des Parlaments auch auf diese Weise entgegenwirken, wenn wir beantragen, daß der Senat ersucht wird, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß die Gewährung von bezahltem Sonderurlaub der Angehörigen des öffentlichen Dienstes bei der Bewerbung für die Wahlen zum Bundestag oder zur Bürgerschaft solange ausgesetzt wird, bis eine für alle Berufsgruppen gleiche Regelung getroffen wird.

Drittens: Wir wissen, meine Damen und Herren, daß in der Vergangenheit oft Mißbrauch mit dieser Sonderurlaubsregelung getroffen worden ist, und zwar derart, daß auf aussichtslosen Listenplätzen beamtete Kandidaten aufgestellt wurden, die dann auf Kosten des Steuerzahlers als Wahlkampffunktionäre zwei Monate lang zur Verfügung stehen. Da sollten wir uns nichts vormachen, und davor sollten wir die Augen nicht verschließen.

(Beifall bei der FDP — Abg. Eva Schütte
[FDP]: Sehr richtig!)

Viertens: Wir haben den jetzigen Zeitpunkt gewählt, weil Wahlen vor der Tür stehen. Das Thema ist aktuell. Nachher besteht entweder kein Interesse mehr oder man traut sich nicht mehr, an diese Frage heranzugehen mit Rücksicht auf die eigenen Landtagskandidaten und ihre jeweiligen Gruppierungen und sogenannten „Hausmächten“, Ortsverbände, Unterbezirke und dergleichen.

Im einzelnen noch einmal: Dieser Antrag hat deswegen grundsätzliche Bedeutung, weil der öffent-

liche Dienst, meine Damen und Herren — und alle, die hier Lippenbekenntnisse abgeben, daß sie dem öffentlichen Dienst Gutes wollen, die sollten hier besonders zuhören —, in letzter Zeit zunehmend in die Schußlinie der öffentlichen Kritik geraten ist, und die Kostenexplosion im öffentlichen Dienst als wesentlich mit ursächlich für die Finanzknappheit der öffentlichen Hände und das Zurückstreichen sozialer Leistungen und Dienste bezeichnet wird.

Andererseits geht es bei der von uns allen gewünschten Reform des öffentlichen Dienstrechts unter anderem um eine Überprüfung der Vorrechte einzelner Beamten- und Angestelltengruppen, ob sie rein traditionell oder rechtlich begründet sind. Und insoweit können wir am Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu der Diätenfrage nicht vorbei. Hier muß und kann ein Anfang der Selbstbeschränkung gemacht werden. Der Bürger hat das Schicksal der ständig verschobenen Diätenregelung doch deutlich vor Augen.

Und, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Ihr Antrag bezweckt doch, indem Sie darauf verweisen, man solle auf eine bundeseinheitliche Regelung warten, dieser Antrag ist doch nichts anderes als eine „Alibiinitiative“. Ich unterstelle Ihnen nicht, daß Sie wissen, daß das Schicksal Ihres Antrags genauso ist wie das Schicksal der Diätenregelung, aber Sie müssen der Öffentlichkeit klar machen, was Sie denn daran hindert, jetzt schon in Bremen der von uns angeregten Initiative der Gleichbehandlung zu folgen.

(Beifall bei der FDP)

Wie wollen Sie es vor dem Wähler, dem Steuerzahler, den Mitbewerbern und vor allem vor den vielen, den eigentlichen Wahlkampf tragenden ehrenamtlichen Wahlkampffunktionären und Wahlkampfhelfern verantworten, daß Sie heute, obgleich Sie vorgeben, das Problem erkannt zu haben, nicht mit gutem Beispiel in Bremen vorangehen wollen? Wesentlicher Gedanke des Diätenurteils ist es, daß eine weitere Ungleichbehandlung von Beamten und anderen Bürgern in diesem Bereich nicht zulässig ist.

Und lassen Sie mich abschließend sagen, meine Damen und Herren, ganz ernsthaft, die CDU soll sich doch einmal überlegen, was ihr Antrag bedeutet. Er bedeutet nämlich — und dazu müssen Sie hier etwas sagen —, daß Sie für alle Parlamentskandidaten einen bezahlten Sonderurlaub haben wollen! Für alle Parlamentskandidaten, das heißt für DKP und KBW genauso! Ich will jetzt nicht die Zeile hier formulieren, CDU fordert für KBW- und DKP-Kandidaten bezahlten Sonderurlaub, aber im Grundgesetz ist für jeden Kandidaten ein unbezahlter Sonderurlaub garantiert.

Es kann sich also nur

(Glocke)

— der letzte Satz —, es kann sich also nur um einen bezahlten Sonderurlaub handeln für alle Parlaments-

(C)

(D)

- (A) kandidaten, und dazu müssen Sie Stellung nehmen, ob Sie dieses auch wollen, oder ob Sie nicht erkennen, daß in unserem Antrag Ihre Möglichkeiten enthalten sind, wir aber nur jetzt dem Senat die Möglichkeit geben, hier eine Regelung zu treffen und die Ungleichbehandlung der Nichtbeamteten mit den Beamten schon heute hier in Bremen zu diesem aktuellen Anlaß aufzuheben. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Worum geht es? Es geht darum, daß — und da sind sich hoffentlich alle Parteien in diesem Hause einig — die im öffentlichen Dienst Beschäftigten nicht mehr im Hinblick auf den Wahlkampf gegenüber allen anderen Beschäftigten bevorzugt werden sollen. Wir sind uns in dieser Zielsetzung nicht nur einig, sondern dieses besagt auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das neben vielen anderen Punkten, was den Status der Abgeordneten angeht, auch diesen Punkt behandelt.

Meine Damen und Herren, ich bedauere etwas, daß die FDP in dieser Form mit einer Initiative vorschießt. Wir waren uns bisher bei den interfraktionellen Sitzungen darüber einig, daß wir das gesamte Paket — dazu gehört die Frage der Besteuerung der Diäten, überhaupt die Diätenhöhe, dazu kommt der Status des Abgeordneten, dazu gehört auch diese Frage, also die Beurlaubung des Abgeordneten für Wahlkampfszwecke —, daß wir dieses gesamte Paket geschlossen behandeln wollten. Wir waren uns ferner darüber einig, daß wir als kleines Bundesland, wenn wir die gesamten Fragen angehen, ohne Rücksprache zu nehmen, ohne zu sehen, was sich ansonsten auf Bundesebene und in anderen Landtagen abspielt, in gewisser Weise überfordert sind.

Und deswegen war bisher die allgemeine Auffassung die — Sie waren nicht dabei, Herr von Schönfeldt, aber Ihr Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender, Herr Lahmann —, daß wir das abwarten wollten und dann, wenn sich Regelungen anbieten, die auch von uns übernommen werden können, diese vollziehen oder anderenfalls dann aber interfraktionell selbst tätig werden. Was Sie hier tun, meine Damen und Herren, ist doch ein reines Showgeschäft!

(Beifall bei der CDU — Abg. Lahmann
[FDP]: Keineswegs!)

Ein reines Showgeschäft! Sie wissen ganz genau, weil die Positionen von CDU und SPD feststehen, weil wir uns an Vereinbarungen halten, Sie wissen ganz genau, daß Sie sich mit Ihrem Antrag nicht durchsetzen können

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Ungeheuerlich!)

und gehen davon aus, daß Sie draußen dann der Weiße Riese sind! Ich halte das auch für ungeheuerlich, daß Sie als Liberale das alles mitmachen wollen, Herr von Schönfeldt!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb, damit die Öffentlichkeit genau unsere Position weiß — und ich habe gehört, daß sich die Kollegen von der SPD dem anschließen wollen —, einen eigenen Antrag eingebracht, der beabsichtigt, das, was in überregionalen Konferenzen vereinbart wird, einzu beziehen und in jedem Falle eine Gleichstellung aller Bewerber für den Deutschen Bundestag und für alle anderen Parlamente herbeizuführen. Ich gehe davon aus — das ist meine Meinung —, daß der Urlaub unbezahlt bleiben wird, genauso, wie Ihnen das vorschwebt.

Und das schließt unser Antrag auch gar nicht aus, denn der Senat soll aufgefordert werden, darauf hinzuwirken, daß Bund und Länder eine für alle Berufsgruppen gleiche Regelung über einen Wahlkampfurlaub, die die Chancengleichheit der Mandatsbewerber herbeiführt, einführen. Ich glaube, das ist eine klare Regelung, und die Öffentlichkeit weiß, daß wir das genauso wollen. Nur machen wir diese Showangelegenheit nicht mit.

Und nun will ich Ihnen eins sagen: Dabei ist die CDU am glaubwürdigsten! Ich habe mir mal die Listen durchgesehen. Es kann sich jetzt ja nur um die Bundestagswahl handeln, denn bei der Landtagswahl 1979, davon gehe ich aus, wird das ohnehin alles geregelt sein. Und bei der Bundestagswahl geht es nur um die Bewerber in bremischen Diensten. Die anderen können Sie ja nicht einbeziehen, dazu haben Sie keine Möglichkeit, denn der Senat kann nicht Bundesbeamte, die für den Bundestag kandidieren, davon ausnehmen. Da sieht es so aus, daß von der ganzen CDU-Liste — damit das mal klar ist — und den Direktkandidaten kein einziger betroffen ist. Das heißt, wie immer Sie hier entscheiden würden, die CDU hätte ohnehin keinen Vor- oder keinen Nachteil dadurch.

Ich gebe zu, wenn wir von d'Hondt ausgehen, sind Sie von der FDP am meisten betroffen. Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Wenn Sie in jedem Fall das Geld sparen wollen für den Steuerzahler, dann lassen Sie doch Ihre drei Direktkandidaten auf den Wahlkampfurlaub verzichten. Das wäre eine saubere Sache.

(Beifall bei CDU und SPD — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Es gilt, Probleme zu lösen!)

Ich darf zusammenfassen und sagen, meine Damen und Herren, der Antrag, den wir vorgelegt haben, beabsichtigt erstens keine Bevorzugung mehr für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, was den Wahlkampfurlaub angeht. Er besagt zweitens, daß wir dies gemeinsam lösen wollen mit allen Par-

(C)

(D)

- (A) lamentariern. Und, meine Damen und Herren, er ist drittens realistisch, greift nicht vor, verhindert auch nichts und unterscheidet sich von der FDP-Initiative dadurch, daß er ernst gemeint ist, Ihr Antrag jedoch ein reiner Showantrag ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leinemann.

Die Redezeit beträgt fünf Minuten!

Abg. Anneliese **Leinemann** (SPD): Es ist bedauerlich, daß Herr Neumann mir ein gutes Argument eben schon vorweggenommen hat.

(Heiterkeit)

Aber ich kann sicherlich davon ausgehen, daß die FDP-Fraktion für ihre Abgeordneten auf den bezahlten Sonderurlaub verzichten wird. Der Antrag der FDP-Fraktion, die Gewährung von bezahltem Sonderurlaub für Angehörige des öffentlichen Dienstes solange auszusetzen, bis eine für alle Berufsgruppen gleiche Regelung getroffen ist, ist unrealistisch und könnte im Ergebnis dahin führen, daß der Senat eine verfassungswidrige Handlung begeht.

- (B) Nach Artikel 48 Absatz 1 hat jeder, der sich um einen Sitz im Bundestag bemüht, Anspruch, zur Vorbereitung seiner Wahl auf erforderlichen Urlaub. Zwar ist nicht unbedingt der bezahlte Sonderurlaub damit gemeint. Dieser hängt davon ab, daß die Dienstherrn oder Arbeitgeber freiwillig oder aufgrund besonderer Abmachungen oder anderer genereller Regelungen den Kandidaten ihre Bezüge ganz oder teilweise weiterzahlen.

Aber, meine Damen und Herren von der FDP, eine tarifvertragliche Regelung wird der Senat über das Beispiel hinaus über seinen Bereich doch gar nicht erreichen können. Der Senat kann doch nicht eingreifen in den Bereich der Tarifvertragsparteien. Allerdings ist uns inzwischen bekannt geworden, nachdem wir uns näher mit der Materie befaßt haben, daß schon heute große Werke und Unternehmungen, unter anderen auch in Bremen, ebenso wie der öffentliche Dienst verfahren. Das heißt also, die Gehälter weiterzahlen während der Zeit der Dienstbefreiung.

Der Antrag der FDP-Fraktion zielt ab auf eine merkwürdige Form von Gleichbehandlung, wenn den Kandidaten aus dem öffentlichen Dienst hier Rechte genommen werden sollen, nur damit eine Gleichbehandlung mit den Kandidaten aus der freien Wirtschaft erreicht wird. Das verstehe ich überhaupt nicht! Etwas, was hier schon positiv ist, soll damit umgedreht werden ins Negative!

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Und wenn die FDP hier von Sparwirkungen spricht, die bei der Bevölkerung gut ankommen,

- (C) Herr Lahmann, dann können doch Sparwirkungen mit diesem Antrag wohl kaum beabsichtigt sein.

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Auf die Dauer wird es teurer!)

Sie haben eben gesagt, daß Sie drei Kandidaten haben, die aus dem öffentlichen Dienst kommen. Aber bitte, damit haben Sie ja sowieso schon gezeigt, daß Sie nur eine bestimmte Berufsgruppe zur Wahl zur Kandidatur zum Bundestag abdecken.

(Beifall bei SPD und CDU — Abg. **Lahmann** [FDP]: Wie bitte? Die Liste haben wir doch noch gar nicht aufgestellt!)

Die SPD hat auf einem sehr aussichtsreichen Listenplatz nur einen einzigen Kandidaten, den jetzigen Abgeordneten Waltemathe, erhofft sich aber, einen weiteren Kandidaten in den Bundestag zu bekommen durch eine weitere Kandidatin, die Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist. Die übrigen Kandidaten kommen bei uns aus der freien Wirtschaft. Ähnliches haben wir bei der CDU festgestellt.

Falls der Antrag der FDP allerdings für künftige Abgeordnete, das heißt für die Bürgerschaft, gelten sollte, wäre auf jeden Fall vor Beschließung eines solchen Antrags eine Abstimmung mit dem Bund und den übrigen Ländern erforderlich. Nach Paragraph 17 der Urlaubsverordnung vom 18. Mai 1971 besteht für Angehörige des öffentlichen Dienstes ein Anspruch auf Urlaub innerhalb der letzten zwei Monate vor der Wahl, und zwar unter Fortzahlung der Dienstbezüge. So steht es in der Bremischen Urlaubsverordnung. Ich meine, wenn überhaupt ein solcher Antrag kommt, dann müßte die FDP zuvor einen Antrag stellen auf Änderung der Bremischen Urlaubsverordnung.

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Das soll doch der Senat machen, gnädige Frau!)

(D) Aber nein, das ist doch gar nicht möglich, Herr Lahmann! Und zu diesem Antrag hätte dann auch die Deputation für öffentliches Dienstrecht Stellung nehmen müssen.

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Ja, das soll der Senat in die Wege leiten!)

Das kann man doch nicht einfach mit einer Entschließung hier in der Bürgerschaft.

Ich möchte hier für meine Fraktion erklären, auch wir sind für Chancengleichheit. Allerdings nicht nur für Chancengleichheit bei Wahlkampfururlaub der Mandatsbewerber, sondern für Chancengleichheit in jeder Beziehung. Wir unterstützen den Antrag der CDU-Fraktion, und wir lehnen den Antrag der FDP ab.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

- (A) Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Wer dem Antrag der FDP, Drucksache 9/152, zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Wer dem Antrag der CDU mit der Drucksachen-Nummer 9/176 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU und SPD und Abg. Dr.
Illig ner [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abg. v. Schönfeldt und Abg.
Weiß en born [FDP])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

- (B) Damit ist auch Punkt 26 abgehandelt. Meine Damen und Herren, Punkt 27 haben wir bereits erledigt. Wir haben jetzt auf der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) noch zwei Punkte, 28 und 29, die knapp zwei Stunden Beratung in Anspruch nehmen werden.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), und wir kommen wieder zusammen um 14 Uhr 30. Unmittelbar an die Beratungen der Landtagssitzung folgt dann die Stadtbürgerschaft.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.55 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren in den Beratungen fort:

Arbeits- und Ausbildungsplätze für Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktion der CDU vom 30. März 1976
(Drucksache 9/160)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

vom 28. April 1976
(Drucksache 9/180)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 29. April 1976
(Drucksache 9/183)

Hierzu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Franke.

Der Antrag unter Punkt 28 der Tagesordnung ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Urban, Neumann und Fraktion der CDU.

Dazu sind zwei Änderungsanträge eingebracht worden. Der Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 9/180 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Schmidt, Kähler und Fraktion der SPD.

Der Änderungsantrag Drucksache 9/183 ist unterschrieben von den Abgeordneten Kruse, Lahmann und Fraktion der FDP.

Die Anträge liegen den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Urban.

Abg. Urban (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Im Bereich des Schwerbehindertenrechts sind bedeutende Veränderungen durch das neue Schwerbehindertengesetz eingetreten. Das neue Gesetz schafft bessere Chancen in Beruf und Gesellschaft für alle schutzbedürftigen Behinderten, ohne Rücksicht auf Art und Umfang der Behinderung, einschließlich der in ihrer Erwerbsfähigkeit geminderten älteren Arbeitnehmer.

Was bedeutet das? Mit Sicherheit eine Zunahme der Schwerbehinderten und der ihnen Gleichgestellten, mit Sicherheit zukünftig mehr für diesen Personenkreis bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen zu tun, und mit Sicherheit aber auch und ganz besonders, daß der Staat da, wo ihm dies möglich ist, mit gutem Beispiel vorangeht. Und ob das so ist, werden wir zu untersuchen haben.

Der Bremer Senat geht selbst davon aus, daß in Bremen bei der Neufestsetzung des Schwerbehindertenstatus insgesamt mit über 50 000 Anträgen gerechnet wird, das heißt, jeder zehnte Bremer in etwa wird einen Antrag auf Feststellung eines Schwerbehindertenstatus nach dem Gesetz stellen. Wieviele dieser 50 000 Anträge zur Anerkennung des Schwerbehindertenstatus führen werden, bleibt abzuwarten. Die Zunahmequote wird aber erheblich sein.

Ich darf Ihnen mit Genehmigung des Herrn Präsidenten ein Zitat aus dem Bereich des Arbeitsamts für Bremen-Nord mitteilen, wo gesagt wird: „Während vor Inkrafttreten des Gesetzes im Schnitt in Bremen-Nord fünf Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet waren, sind es nunmehr 43. Arbeitsplätze für diesen Personenkreis sind zur Zeit nicht vorhanden.“ Das beinhaltet, auf den gesamten Bremer Bereich übertragen, eine überproportionale Steigerung gegenüber der allgemeinen Arbeitslosigkeit.

(C)

(D)

- (A) Diese Entwicklung aufzuzeigen, erschien uns notwendig, um deutlich zu machen, daß zukünftig mehr getan werden muß, damit neu zu besetzende Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vorzugsweise mit Schwerbehinderten besetzt werden und vor allen Dingen schwerbehinderte Jugendliche hier und noch in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz finden können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber gerade bei den Auszubildenden scheinen im öffentlichen Dienst Behinderungen — und das betrifft im übertragenden Sinn auch die Volksschüler und vor allen Dingen die Sonderschüler — die Einstellungschancen auf null sinken zu lassen. Wie ist es zu verstehen, trotz großartiger Ankündigungen im Amtsblatt, noch über den gesetzlichen Rahmen von sechs Prozent hinaus weitere Ausbildungsplätze in einzelnen Bereichen bis zu zehn Prozent zur Verfügung zu stellen, wenn im Land Bremen von 1 622 Auszubildenden im öffentlichen Dienst ganze sechs, das sind 0,3 Prozent, meine Damen und Herren, Schwerbehinderte sind und 1974 ganze drei, und 1975 nur noch ganze zwei schwerbehinderte Jugendliche einen Ausbildungsplatz im öffentlichen Dienst gefunden haben?

Ob hier eine Übereinstimmung zwischen den Absichtserklärungen des Senats und den tatsächlichen Einstellungsquoten herrscht, überlasse ich Ihrem Urteil. Wenn es, wie Sie in Ihrer Antwort sagen, in Bremen tatsächlich nur 15 schwerbehinderte junge Menschen gibt, die arbeitslos sind und einen Ausbildungsplatz suchen — übrigens Zahlen, die wir bezweifeln —, warum in Gottes Namen werden dann diesen Jugendlichen nicht im öffentlichen Dienst Ausbildungsplätze angeboten, oder warum in Gottes Namen werden sie nicht motiviert, hier einen Ausbildungsplatz anzunehmen?

(B)

(Erneuter Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es ist schon ein schweres Los, schwerbehindert zu sein, es ist auch ein schweres Los, arbeitslos zu sein, aber jung und schwerbehindert und arbeitslos zugleich zu sein, das sollte bei uns für alle Zeit und ein für allemal der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wissen Sie, worin die Schwierigkeit zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der schlechten Vermittlung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst begründet ist? Ich will Ihnen das sagen: In der mangelnden zentralen Einflußmöglichkeit der Senatskommission für das Personalwesen, die doch nur Empfehlungscharakter hat und die nachgeordneten Dienststellen und die nachgeordneten Senatsressorts in keiner Weise bindet! Mein Appell geht auch an die Personalräte, auf diese Dinge einmal ein besonderes Auge zu werfen!

Das führt dann eben dazu, daß in unserem Land ein Schwerbehinderter, eigens für teures Steuergeld auf diese Aufgabe umgeschult, der außer einer

generellen Bewerbung bei der SKP nachweisbar in einem Zeitraum von wenigen Monaten fünfzehn Mal bei bremischen Behörden Bewerbungen einreicht, nicht auf blauen Dunst hin, sondern auf ausgeschriebene Stellen, A 7 oder A 8, notfalls auch als Pförtner, und fünfzehn Mal eine Absage erhält! (C)

Ich weiß zwar nicht, ich bezweifle es aber zumindest, ob in allen fünfzehn Fällen Paragraph 11 des Schwerbehindertengesetzes eingehalten wurde, wonach freie Stellen bevorzugt auch im öffentlichen Dienst mit Schwerbehinderten zu besetzen sind. Was ich allerdings weiß, ist, daß solche Menschen an unserem sozialen Rechtsstaat zu zweifeln beginnen.

Das war die Erfahrung eines fünfzigprozentigen, aber geistig sehr mobilen Schwerbehinderten. Was geschieht aber mit unseren Schwerstbehinderten, mit den Rollstuhlfahrern, mit den geistig Behinderten, die ebenfalls nach dem Schwerbehindertengesetz einen Anspruch auf Arbeit haben? Nun werden Sie mir wahrscheinlich gleich in der Entgegnung erwidern, daß in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Schwerbehinderten in den öffentlichen Dienst übernommen worden ist. Wenn das schon einmal das Ergebnis unseres Antrags ist, sollte uns das freuen.

Nur möchte ich Sie bitten, dann diesem Hause auch zu erklären, warum diese Schwerbehinderten, die vor kurzem eingestellt worden sind, in der Regel Zeitverträge für etwa sechs Monate erhalten haben, wodurch die Unsicherheit für diese Schwerbeschädigten, ob sie nun einen Arbeitsplatz gefunden haben oder nicht, oder ob sie nur vorübergehend in den Arbeitsprozeß hineingenommen worden sind, bleibt. Ist bei uns eigentlich alles in Ordnung? (D)

Darf ich einmal folgende Aussagen der Tagespresse vom 2. September 1975 zur Bremer Szene mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren, wo es heißt: „Die Sachbearbeiter des Arbeitsamts sehen das Problem der nicht zu vermittelnden Schwerbehinderten mit Anteilnahme und Ohnmacht. Die gesetzlichen Vorschriften werden einfach durch das Ablösegeld umgangen.“ Im Hinblick auf körperbehinderte Jugendliche heißt es in diesem Zeitungsartikel, „daß sie in Zeiten der Rezession noch mehr an die Wand gedrückt werden und daß sich nicht nur Privatbetriebe um diese menschliche Verpflichtung herumdrücken, sondern auch der öffentliche Dienst.“

Es hat auch keinen Zweck, auf einen fünfundsiebzigprozentigen Erfüllungsstand in Bremen zu verweisen, das heißt doch nichts anderes: Am gesetzlichen Soll hat Bremen eine Unterdeckung von etwa 800 mit Schwerbeschädigten zu besetzende Arbeitsplätze aufzuweisen. Es ist schon recht eigentümlich, der Staat erläßt Gesetze, erfüllt sie selbst nicht oder nur zum Teil und scheint anschließend auch noch stolz darauf zu sein, daß das so ist. Diese Tatsache hilft doch keinem der etwa 500 arbeitslosen Schwerbehinderten im Land Bremen weiter.

(A) Wir hätten vom Senat auch gern eine Auskunft darüber, warum von diesen etwa 500 arbeitslosen Schwerbehinderten nur 122 für den öffentlichen Dienst vermittlungsfähig waren. Werden im öffentlichen Dienst andere, strengere Maßstäbe an das, was Vermittlungsfähigkeit bedeutet, angelegt? Mit anderen Worten, mit dem Rest kann sich die freie Marktwirtschaft auseinandersetzen. Und sein Herz erst dann für die Schwerbehinderten entdecken, wenn es ans Bezahlen geht, erscheint mir auch im öffentlichen Dienst nicht der menschlichste Weg zu sein. Ich darf nur darum bitten, sich einmal die Zahlen der 1974 eingestellten Schwerbehinderten und dann die des Jahres 1975, wo es nämlich ans Bezahlen ging, anzusehen, dann stellen Sie fest, 1974 43, 1975 308, eine Steigerung um 700 Prozent.

Im Zusammenhang mit der Beschäftigung Schwerbehinderter auch vom Geld zu reden, ist keine angenehme, aber eine notwendige Aufgabe, denn die nach dem Gesetz zu zahlende Ausgleichsabgabe von monatlich 100 DM für jeden nicht besetzten Schwerbehindertenplatz ist eine zwar sinnvolle Aufgabe im Vollzug der Rehabilitation, schafft aber kurzfristig gesehen keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Bei einer vermehrten und bevorzugten Einstellung Schwerbehinderter werden in Bremen zukünftig jährlich etwa eine Million DM Ausgleichszahlungen, wenn nicht ganz vermieden, so aber doch in erheblichem Maße abgebaut werden können, wodurch der angespannte Haushalt entlastet würde.

(B) Diejenigen aber, die am meisten von einer solchen Einstellung profitieren, werden die Schwerbehinderten sein, und es gehört sicherlich zu den großen Ausnahmen in der Politik, daß wir Steuergelder in bedeutendem Umfang sparen können und dadurch gleichzeitig etwas Gutes tun. Ein Faltblatt des Senators für Arbeit fängt so an: „Liebe Mitbürger, haben Sie sich schon einmal gefragt, ob das neue Schwerbehindertengesetz auch für Sie da ist?“ Lassen Sie mich das etwas umkehren und fragen, lieber Senat, haben Sie sich schon einmal gefragt, ob das neue Schwerbehindertengesetz auch für Sie da ist?

(Beifall bei der CDU)

Nun liegen diesem Hause zwei Änderungsanträge vor, sowohl von der Fraktion der SPD, als auch von der Fraktion der FDP. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß — diese Änderungsanträge beschäftigen sich ja mit dem zweiten Absatz unseres Antrags — die Formulierung unseres Antrags nicht nur die bessere ist, sondern den Schwerbeschädigten am meisten hilft. Wir werden uns bei beiden Änderungsanträgen der Stimme enthalten. Wir möchten Sie aber bitten, dann dem Gesamtantrag zuzustimmen. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Franke.

(C) Wir befinden uns in einer Redezeit von 15 Minuten.

Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Urban, Sie haben hier die Fragen aufgeworfen, ist bei uns alles in Ordnung, besteht hier Übereinstimmung zwischen Absichtserklärungen und Realität, haben unsere Behinderten hier ihre Chancen — etwa sinngemäß —, und in Ihrer Fragestellung bezüglich des Schwerbehindertengesetzes wollten Sie wohl zum Ausdruck bringen, daß der Senat dieses Gesetz nicht in der gebührenden Form beachtet.

Ich möchte Sie auf folgende Faktenlage hinweisen: Nachdem dieses Schwerbeschädigtengesetz in Kraft getreten war, hat die Senatskommission für das Personalwesen in mehrfachen Hinweisen und Rundschreiben die einzelnen senatorischen Dienststellen darauf hingewiesen, bevorzugt Schwerbeschädigte einzustellen. Sie hat dann am 1. Dezember 1975 Richtlinien erlassen, die einen besonderen Abschnitt enthalten, nämlich unter III Nummer 2, und dabei ist festgelegt, daß bei jeder Besetzung eines freien Arbeitsplatzes gemeinsam mit dem jeweiligen Vertrauensmann der Schwerbehinderten und dem Personalrat geprüft werden muß, ob sich der Arbeitsplatz für einen Schwerbehinderten eignet.

(D) Wenn das jeweils zutrifft, ist der Arbeitsplatz dem Schwerbehinderten auch zu übertragen. Liegen der Dienststelle keine Bewerbungen von Schwerbehinderten vor, so ist bei der Schwerbehindertenvermittlungsstelle des Arbeitsamts unter Verwendung des von der Behörde der SKP herausgegebenen Anfrageformblatts anzufragen, ob von dort etwa geeignete arbeitslose oder arbeitssuchende Schwerbehinderte namhaft gemacht werden können. Falls Dienststellen, Herr Urban, diese Auflagen nicht beachtet haben, wird der Einstellungsantrag von der Behörde der SKP zurückgewiesen.

Mit diesen Maßnahmen ist es uns gelungen, etwa von Mitte 1974 an immerhin die Beschäftigungsquote von 3,4 Prozent auf 4,6 Prozent heraufzuschrauben. Schwierigkeiten bestehen, und zwar objektiver Art einmal, daß in bestimmten Bereichen wie Feuerwehr, Polizei, Strafvollzug, um nur einige zu nennen, infolge der dortigen auch körperlichen Anforderungen nicht immer Behinderte eingestellt werden können, nahezu dort in diesen Bereichen fast nie.

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß wir für bestimmte Berufe ja auch berufliche Qualifikationen haben müssen, zum Beispiel bei Ärzten, Krankenschwestern und Pflegeern, technischen Assistenten, Lehrern, Erziehern, Sozialarbeitern, Bauingenieuren, und dann jeweils Schwerbehinderte überhaupt nicht zur Verfügung stehen.

Das will ich Ihnen an einigen Daten hier auch einmal vortragen. Zum Beispiel haben wir bei den Bewerbungen für Einstellungen per 1. 8. 1976 nur ganz vereinzelt schwerbehinderte Jugendliche, die

- (A) sich überhaupt beworben haben. Unter den 98 Bewerbern für Ausbildungsberufe im öffentlichen Dienst, die unter das Berufsbildungsgesetz fallen, wie Bauzeichner, Vermessungstechniker, Assistenten an Bibliotheken, befand sich zum Beispiel kein Schwerbehinderter oder Gleichgestellter. Unter den 317 Bewerbern für den gehobenen technischen Verwaltungsdienst befand sich nur ein Bewerber, der auch eine Zusage erhielt. Unter den 510 Bewerbern für den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst befanden sich drei schwerbehinderte Bewerber. Einer erhielt bereits eine Zusage, bei den beiden anderen werden zur Zeit die körperlichen Voraussetzungen geprüft. Von den 104 Bewerbern für den mittleren Justizdienst und den rund 300 Bewerbern für den gehobenen Steuerverwaltungsdienst befand sich nicht ein Schwerbehinderter. Sie ersehen daraus, wie außerordentlich schwierig es ist.

Ich habe zwischenzeitlich in meiner Eigenschaft auch als Sozialsenator und auch als für Arbeit zuständiger Senator mit den zuständigen Organisationen Verbindung aufgenommen und bin im Augenblick auch noch dabei, entsprechende Gespräche zu führen, wie mit der Arbeiterwohlfahrt, wie mit dem Reichsbund, wie mit dem VdK, um sie in den Informationsdienst mit einzuschalten, damit sie im Rahmen ihrer Mitgliedschaft auch jeweils bei freierwerdenden Stellen werbend mit tätig werden können.

- (B) (Abg. Urban [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Bürgermeister Dr. Franke: Nein, im Augenblick noch nicht, aber hinterher, Herr Urban, ich melde mich dann noch einmal!

Nun haben Sie, Herr Urban, auf einen Fall hingewiesen. Den Namen kann ich hier nicht nennen, weil das aus bestimmten rechtlichen Gründen nicht geht, aber wir meinen beide den gleichen, er fängt mit J an.

(Abg. Urban [CDU]: Der ist untergebracht im Zeitvertrag!)

Bei dem bemühen wir uns und haben im Augenblick bei sieben Dienststellen ganz intensiv immer wieder vorstellig werden müssen, nachdem es in der freien Wirtschaft, obwohl auch hier das Arbeitsamt mit eingeschaltet gewesen ist, einfach nicht möglich war, den Mann unterzubringen.

(Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Jetzt ist es gelungen. Aber ich will damit nur sagen, wie außerordentlich schwierig solche Einstellungsbemühungen überhaupt sind.

Ich will aber noch einige Zahlen nennen. Wir haben für Verwaltungsberufe zur Zeit fünf Bewerber.

Davon konnten wir zwei beim hiesigen Referat Ausbildung unterbringen. Zwei haben sich auch beim Arbeitsamt beworben. Alle vier befinden sich zur Zeit in der Überprüfung. In der gewerblichen Wirtschaft stoßen wir zunehmend auf Widerstand, nicht etwa, weil man Schwerbehinderte dort nicht will, sondern weil einfach aus bestimmten Gründen, die entweder in der Behinderung selbst liegen, oder aber wo die berufliche Qualifikation fehlt, so daß dort auch für bestimmte Berufe das nicht so möglich ist.

Bei den Kliniken zum Beispiel stellen wir zur Zeit 113 Schüler und Schülerinnen ein, also für Kinderkrankenpflege, Krankenpflege, Krankenpflegehilfe. Dort hat sich wiederum kein einziger Schwerbehinderter beworben. Was wir jetzt möglich gemacht haben, wir haben zu den bereits zwölf Ausbildungsplätzen als hauswirtschaftliche Betriebsshelfer, die bis etwa 1976 laufen, jetzt inzwischen weitere 21 Ausbildungsplätze geschaffen. Die finanzielle Absicherung, die dafür erforderlich ist, steht zur Beratung am 30. dieses Monats an, so daß wir auch hier etwas Luft bekommen. Inzwischen haben wir auch von anderen Organisationen, die auch hierfür in Frage kämen, 20 angeboten bekommen, so daß wir auch hier ganz sicherlich diese Engpaßsituation beseitigen werden.

Ich fasse zusammen: Es ist einfach nicht richtig, wenn Sie sagen, wir hätten uns nicht bemüht oder der Senat beachte dieses Schwerbehindertengesetz selbst nicht einmal, und es ist auch sehr polemisch, wenn Sie die Frage aufwerfen, ist bei uns alles in Ordnung? Ich meine, nach diesen Richtlinien, nach dieser Zusammenarbeit auch mit den Betriebsräten, mit den Personalräten, und dem, was tatsächlich geschehen ist, und unter Berücksichtigung der objektiven Schwierigkeiten, daß gerade von der SKP, gerade auch von den senatorischen Dienststellen, tatsächlich das getan wird, was im Rahmen des Möglichen liegt.

Daß wir immer wiederum noch mehr tun müßten, daß so etwas aber auch nur möglich ist, wenn die Gesamtgesellschaft diese Aufgabe als ihre Aufgabe akzeptiert und hier Prioritäten setzt, wenn sie alle mitziehen, nicht nur der Staat für sich, er kann auch immer nur anregen, ich glaube, nur so werden wir das Problem lösen können. Ich kann Ihnen etwas erzählen von Vorurteilen, die teilweise da sind und psychologischer Art sind, die wir auf diesem Gebiet abbauen müssen.

Dieses Problem ist kein Problem, das nur eine Partei angeht, es ist auch kein Problem, das nur die Parteien etwa angehen würde, sondern ist ein Problem, das alle unsere gesellschaftlichen Kräfte und Träger im Staat angehen müßte.

(Beifall)

Und wenn wir das gemeinsam lösen können und jeder in seinem Bereich aufklärend und werbend und auch gegen die psychologischen Barrieren angeht, dann, glaube ich, werden wir das Problem

- (A) sicherlich auch so in den Griff bekommen, wie wir es alle wünschen.

(Beifall bei der SPD — Abg. K a u f f m a n n
[CDU]: Herr Bürgermeister, Sie haben die Frage vergessen!)

Vizepräsident Bugla: Das Wort hat der Abgeordnete Kruse.

Abg. **Kruse (FDP) *):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, Herr Bürgermeister, für die Ausführungen, die Sie eben hier gemacht haben. Ich glaube, daß gerade diese Debatte über dieses Thema nicht den Sinn hat, uns hier, wie Sie geschlossen haben, aufzuteilen und daraus an dieser oder jener Stelle politisches Kapital zu schlagen, sondern es geht darum, daß wir an dieser Stelle ermutigen, auch jetzt von den Möglichkeiten, die Sie uns hier vorgetragen haben, nun Gebrauch zu machen, ermutigen, sich zu bewerben und vor allen Dingen zu zeigen, daß wir diesen Personenkreis ernst nehmen.

Unsere Gesellschaft ist dazu bereit, und das zeigt, meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere jetzige Diskussion im Parlament. Ich möchte allerdings vor der Öffentlichkeit nicht aufzählen, wie viele unserer Abgeordneten sich für dieses Problem wirklich interessieren.

(Beifall bei der FDP)

(B)

Ich möchte hier sagen, wer über das Thema von Beschäftigung Schwerbehinderter spricht, muß sich zunächst erst einmal klarmachen, mit welcher Berechtigung, ja, ich möchte sagen, Notwendigkeit dieses Thema trotz alledem leider immer wieder behandelt werden muß.

Die Behinderten unserer Gesellschaft sind durch eine erworbene oder durch eine angeborene Behinderung für ihr Leben benachteiligt, und wir sehen nicht ein — und da sind wir, Herr Kollege Urban, einer Meinung —, daß man diese Aufgabe, wie bis jetzt und aus der Antwort zu ersehen, nur durch die Ablösesumme von zirka 800 000 DM ausgleichen kann. Wir meinen, daß dieser Gruppe nur durch ganz gezielte Werbung und das öffentliche Eintreten für diese Leute, durch das ganze gezielte Hineinnehmen von Menschen in den täglichen Lebensablauf geholfen werden kann. Denn was ist lebensnäher als der Alltagsalltag? Die Behinderung wird nämlich immer noch dann viel deutlicher verspürt, wenn ein Mensch tatenlos dasteht, wenn alle anderen Gesunden sich tummeln können und sich vielleicht auch anpassen können an diese Zeit und an die Notwendigkeiten. Das können wir nicht unseren Behinderten auch noch zumuten.

Besonders ausgeprägt ist dieses Problem unter den behinderten Jugendlichen. Wenn Sie, Herr Bürgermeister, sagen, daß es so wenig Bewerbungen

gibt, dann bin ich dafür heilfroh und dankbar, nur ich vermute dahinter auch, daß gerade mit der Behinderung auch die Scheu steht, sich zu bewerben oder nun da von Pontius zu Pilatus zu laufen. Ich glaube, deswegen ist es gut, daß wir uns klarmachen, eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Eingliederung ist eben auch eine möglichst qualifizierte Berufsausbildung der Jugendlichen, denn ansonsten sind Behinderte bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen — und Sie haben sie ja hier aufgeführt — besonders auch in Rezessionen und Krisenzeiten benachteiligt.

Wenn man weiß, wie notwendig auch das Ineingreifen der Ausbildung ist — das geht nämlich nicht so, wie man das vielleicht bei Gesunden machen könnte —, dann ist gerade die öffentliche Hand mit ihren vielen Einrichtungen besonders prädestiniert, hier in die Bresche zu springen. Ich muß leider sagen, auch wenn Sie uns andere Zahlen genannt haben, Herr Senator, in Ihrer Antwort steht, daß es bis dato im Februar von den berufsuchenden behinderten Jugendlichen nur 0,3 Prozent waren. Wenn Sie heute andere Zahlen darbieten, dafür bin ich dankbar.

(Senatsdirektor Niedergesäß: Wo steht das?)

Das ist die Antwort auf diese Kleine Anfrage, die wir da bekommen haben vom Februar dieses Jahres.

Ich glaube, daß für behinderte Jugendliche die qualifizierte berufliche Ausbildung ein besonders geeignetes Mittel ist, ihre Fähigkeit zu einer vollwertigen Mitarbeit in der Gesellschaft zu bestätigen und Benachteiligungen, die sich sowieso im Alltag aus der Behinderung ergeben, überwinden zu können. Die berufliche Bildung behinderter Jugendlicher ist zu einem wesentlichen Bestandteil der modernen Rehabilitation geworden. Wer das weiß, der nimmt diese Verantwortung ernst und wird sich nicht mehr, wie das bisher getan wurde, mit Ausgleichsabgaben da herausstellen. Hiermit beruhigt man sich allzu leicht und überläßt dann doch anderen die Hilfestellung für diese Menschengruppe.

Man kann zwar die exakte Zahl der behinderten Jugendlichen nicht genau ansetzen, aber allein unter den Lernbehinderten und Verhaltensgestörten der ambulant Therapiebedürftigen wird bei nur einem Jahrgang, nämlich der Fünfzehnjährigen, eine angenommene Zahl, die nicht exakt ist, von 53 000 angegeben. Wenn ich auch Bremen als nur das kleinste Bundesland ansehe, kann ich im Verhältnis dazu sagen, daß wir doch eine große Aufgabe haben. Mir geht es eigentlich in meiner Rede um die Fürsorgepflicht des Staats für diese betroffenen Menschen. Man sollte nicht nur von einem Problem reden und es selbst dann vielleicht nur mit halbherziger Entschlossenheit abzustellen helfen.

Deswegen meinen Dank, aber zugleich auch mein Appell, es nicht nur bei der Schaffung dieser Stellen zu belassen, sondern auch in der Werbung und

(C)

(D)

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) in der Öffentlichkeitsarbeit die Fürsorge direkt vor Ort zu tragen, zu den Menschen, und sie zu ermutigen, sich dort zu bewerben. Keine Schwierigkeit darf zu groß sein, um diese Gruppe von Menschen eben als vollwertige Bürger in unser Staatswesen einzubeziehen.

Ich bin, wie ich eben schon sagte, gewohnt, gerade da ich mich zu Jugendfragen und zu Sozialfragen zu äußern habe, daß dieses Hohe Haus wenig, oder ich möchte eingeschränkt sagen, zu wenig Interesse an diesen Gebieten hat, daß viel mehr über Radikale heute morgen und gestern, viel mehr auch wohl in der Stadtbürgerschaft nachher über Gebühren und anderes gerichtet und geredet wird. Ich kann das nur bedauern und den leidenschaftlichen Appell hier an Sie richten, daß das nicht so bleibt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich möchte auch den zuständigen Senator da in Zucht und Pflicht nehmen, daß er nicht nur diese Dinge uns wohlgefällig vorträgt, sondern daß er den Ernst, den ich in Ihrer Rede gehört habe, auch in die Tat und direkt auch dann in das Ergebnis umsetzt.

(Bürgermeister Dr. Franke: Also Taten sehen!)

Ja, Taten sehen, genau! Und deswegen das klare Wort, es müssen, mehr als die Prozentzahlen ausweisen, Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst eingestellt werden, und es sollten, wie Sie sagten, auch die Voraussetzungen für die Ausbildung dafür geschaffen werden.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Damit noch ein Wort zu dem Änderungsantrag, den Sie, Herr Schmidt, für die SPD eingebracht haben! Ich habe ihn sehr genau durchgelesen. Wir wollen auch keine Spiegelfechterei betreiben. Wir haben darüber gesprochen, und ich habe dazu im Namen meiner Fraktion auch noch einen Änderungsantrag eingebracht, der Ihnen vorliegt. Uns machte Sorge das Wort Eignung und was dazu da stand. Die Eignung und die Neigung! Nun ist die Neigung noch etwas, das ich immer unterstütze, aber die Eignung ist mir zu hart und sieht immer gleich nach Prüfung aus. Deswegen sind wir der Meinung, daß es in der Form abgeändert werden sollte, daß es der vorhandenen und zu entwickelnden Fähigkeiten bedarf, diese Behinderten einstellen zu können.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das nicht aus Pingeligkeit getan, und ich bin hier auch nicht nur hergegangen, weil ich als Hinterbänkler einmal wieder etwas sagen wollte oder sollte, sondern vielleicht haben Sie gemerkt, daß es um die Menschen geht, die hinter diesem Antrag stehen, und zwar jetzt die, auf die dieser Antrag abzielt. Wir sollten nicht müde werden,

für diese Menschen Voraussetzungen in unserer Gesellschaft zu schaffen, die auch ihnen, Herr Stichweh, das Lachen in die Augen und ins Gesicht bringt und die ihnen die Freude am Leben erhält, denn dazu müssen wir ihnen verhelfen und die Voraussetzungen schaffen. — Ich danke Ihnen!

(C)

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Bugla: Herr Kollege Kruse, ich darf eine Frage an Sie richten! Sie haben einen Änderungsantrag schriftlich heraufgegeben zu Ziffer 2 des Ursprungsantrags. Ebenfalls ein Änderungsantrag zu dieser Passage liegt bereits vor. Das heißt also, daß, wenn der Änderungsantrag der SPD, der sich mit dem gleichen Text beschäftigt, angenommen ist, Ihr Änderungsantrag nicht mehr zur Abstimmung kommt, da es ein Änderungsantrag zu einem Änderungsantrag ist. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen. Vielleicht einigen Sie sich mit dem anderen Antragsteller.

Abg. Kruse (FDP): Ich glaube, daß das gleich klargestellt wird, Herr Präsident! Ich hatte darauf hingewiesen, daß wir uns unterhalten haben, und man kann das auch manchmal so regeln!

Vizepräsident Bugla: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schmidt.

Abg. Schmidt (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Begründung des Antrags der CDU wäre sicherlich anders ausgefallen und in der Tonart auch der Sache angemessener gewesen, wenn der Kollege Urban in etwa die Antwort des Herrn Bürgermeisters geahnt hätte, denn dann hätte das, was hier an unschwerwiegigen unnötigen Vorwürfen oder Feststellungen, Behauptungen aufgezählt worden ist, erspart werden können.

(D)

Ich teile die Auffassung meines Vorredners, der den Satz angefangen hat, wir sollen nicht reden. Ich teile die Auffassung, daß wir handeln sollen, und ich glaube, daß der Senat auch in dieser Frage gehandelt hat. Das haben die eindeutigen Zahlen aus der Erklärung Bürgermeister Dr. Frankes sehr deutlich bewiesen. Mir scheint es, wenn ich mich mit der täglichen Realität der Arbeitsplatzsituation beschäftige, daß gerade zur Aufklärung dieser Gruppe von Benachteiligten in unserer Gesellschaft einiges mehr von uns allen, und nicht nur immer von einer Person oder von einer Stelle, gemacht werden könnte.

Ich bin in der Selbstverwaltung eines Organs tätig, in dem wir zehn Ausbildungsstellen ausgeschrieben haben. Da haben wir 510 Bewerbungen erhalten. Unter diesen 510 Bewerbungen keine einzige eines Behinderten, trotz mehrmaliger Versuche und Anmahnungen bei den zuständigen Stellen! Von daher erscheint es mir notwendig, über alle Wege, die uns offenstehen, gerade diesen Personenkreis auf die Möglichkeiten, die für ihn bestehen, hinzuweisen und darauf einzugehen.

- (A) Ich will etwas sagen zu dem Zitat oder zu dem Hinweis, den der Kollege Urban gegeben hat auf das Zeitungsinserat vom September 1975.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Sicherlich, Sie haben es auf den Senat gemünzt. Das gilt für alle Arbeitgeber. Hier schließe ich die öffentliche Hand ein, wie die gesamte Wirtschaft. Nur müssen wir uns über eines im klaren sein: Öffentlicher Dienst schließt von vornherein bestimmte Abteilungen aus, die nicht für die Beschäftigung und auch nicht für die Ausbildung von Behinderten geeignet sind. Das gleiche lasse ich selbstverständlich gelten auch für die private Wirtschaft, wo nicht alle Betriebe geeignet sind. Von daher halte ich nichts von Pauschalierungen, sondern bin zu einer intensiven, individuellen Arbeit bereit.

Sie dürfen versichert sein, meine Damen und Herren, daß die Abgeordneten der SPD in der Deputation für Arbeit sehr kritisch nachfragen werden, wie die weitere Entwicklung der Ankündigung von Bürgermeister Dr. Franke nun in der Praxis aussehen wird. Ich glaube, über eines müssen wir uns auch im klaren sein. Wir wissen, daß noch einige tausend Anträge auf Gleichstellung oder auf Anerkennung in der zuständigen Behörde bearbeitet werden, so daß erst dann das gesamte Ausmaß der Personengruppe bekannt wird, die hier mit in den Arbeitsplatz- und in den Ausbildungsprozeß integriert werden muß. Eine Aufgabe, die weiß Gott wichtig genug ist, als daß hier in unterschiedlichen parteipolitischen Aussagen und Auffassungen argumentiert wird.

Nun zu dem Antrag! Für die SPD-Fraktion darf ich erklären, daß wir der Ziffer 1 des Antrags der CDU-Fraktion zustimmen werden. Der von der SPD-Fraktion eingereichte Änderungsantrag zur Ziffer 2 wird zurückgezogen. Wir wollen hier nicht um Worte oder Formulierungen streiten, wenn es um eine Sache geht, für die wir gemeinsam eintreten wollen und eintreten können. Von daher werden wir den Antrag der FDP-Fraktion, Herr Präsident, mit übernehmen und unterstützen. Ich wäre dankbar, wenn sich auch die CDU-Fraktion dieser Formulierung anschließen würde.

(Beifall bei SPD und FDP — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Schmidt (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Urban!

Abg. Urban (CDU): Herr Kollege Schmidt, sind Sie mit mir einer Meinung, da jetzt nur noch ein Änderungsantrag vorliegt, daß sich das ganze Haus freuen würde, wenn ich jetzt erkläre, daß wir dann diesem einen noch vorliegenden Änderungsantrag auch zustimmen werden?

(Beifall)

Abg. Schmidt (SPD): Damit wäre der Beweis erbracht, Herr Abgeordneter Urban, daß es uns um die Sache geht und nicht um Formulierungen! — Danke schön!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Michalski.

Abg. Michalski (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße, daß dieses Haus sich wieder einmal mit den Problemen der Schwerbehinderten befaßt. Ich habe nicht so sehr die Absicht, auf die einzelnen Punkte der Anträge und vorliegenden Änderungsanträge einzugehen, als vielmehr die noch zur Verfügung stehende Zeit dafür auszunutzen, verstärkt daran zu erinnern, daß die Gesamtgesellschaft, das heißt alle Betriebe, aufgerufen sind, sich der Problematik des Schicksals unserer Schwerbehinderten bewußt zu werden und auch nach ihr zu handeln.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich gehöre zu denen — das ist Ihnen bekannt —, die auf diesem Gebiet seit einigen Jahren schon praktische Arbeit leisten. Ich kann Ihnen sagen, daß ich wegen einzelner Arbeitsvermittlungen die Kammern angesprochen habe, und ich kann Ihnen sagen, daß sie bereit waren, uns zu unterstützen. Nur, aufgrund selbst der Veröffentlichungen der Kammern haben die einzelnen Betriebe, sehr oft nicht einmal aus bösem Willen, von der Aufnahme Behinderter und Schwerbehinderter in ihre Reihen abgesehen. Hier müssen wir feststellen, daß sehr oft nicht böser Wille, sondern einfach Angst im Umgang mit dem Behinderten die Triebfeder zu einem solchen Handeln ist.

Wenn ein Betrieb darangeht und sagt einem jungen Menschen, der zu ihm kommt, der zwar ausgebildet ist oder teilausgebildet ist, beispielsweise für das Büro, und sehschwach, also praktisch blind ist, und ich soll ihn beschäftigen, dann brauche ich erst einmal über geraume Zeit einen zweiten Mann, der als Führer notwendig ist, damit dem Sehschwachen oder dem Blinden in meinem Betrieb kein Unfall geschieht, und diesen zweiten Mann, der dann praktisch auch nichts tut, während der Blinde oder praktisch Blinde eingearbeitet werden muß, ist ein Verlust für meinen Betrieb.

Da kann ich nur sagen, daß hier die Ursache der Umstand ist, daß dem Verantwortlichen in diesem Betrieb nicht klar ist, daß der Blinde ja die Umwelt in dem Zustand kennengelernt hat, daß er eine Teilausbildung oder zumindest die Schule und die Vorbildung in dieser Umwelt erlebt hat und daß er nunmehr den nächsten Schritt in einen Betrieb hinein machen will und aus dem Unverständnis, das nicht böse gemeint ist, sondern einfach aus Hilflosigkeit, der Vorstellung des Benehmens dem Behinderten gegenüber wird ihm der nächste Schritt, der so entscheidend ist, verwehrt.

(C)

(D)

- (A) Das gleiche erleben wir auch in anderen Betrieben. Ich habe mich mit allen möglichen Betriebsleitungen im Laufe der Jahre auseinandersetzen können und bin immer wieder auf diese Schranke gestoßen. Und da meine ich, muß in der Öffentlichkeit nun einmal wirklich die Angst durch Verständnis ersetzt werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Da ist es erforderlich, mit den Behinderten selbst einmal zu sprechen und sich von dem Behinderten sagen zu lassen, welches Leistungsvermögen er tatsächlich mit einbringen kann in solche Betriebe. Aber dieser erste Schritt wird mitunter schon gar nicht gewagt.

Ich kann Ihnen aber sagen aus eigenem Erleben gerade aus der letzten Zeit, als ich mich in Bremen und hier bei der SKP bemüht habe, einigen Behinderten, die jetzt ausgebildet aus Friedehorst entlassen werden, ein bißchen Terrain vorzubereiten um Aufnahme in den öffentlichen Dienst, daß es da nur ganz weniger kurzer Gespräche bedurft hat, um von der SKP zu erreichen, „natürlich, wenn die formellen Voraussetzungen gegeben sind, sind wir bereit, richten wir die Arbeitsplätze ein und übernehmen die Leute“.

- (B) Ich glaube, nachdem alle Zahlen, auch das Verhalten des öffentlichen Dienstes hier schon ausreichend dargestellt wurden, bedurfte es zumindest dieser Ergänzung, um festzustellen, wie sich hier der öffentliche Dienst selber verhält, wenn ihm solche Fälle gegenübergestellt werden. Die Schwierigkeiten sind also nicht hier zu suchen, sondern sind da zu suchen, wo Hilflosigkeit zu falschen Schlüssen führt, und das ist der Umstand, der uns aufrufen soll, bitte, Appell in der Öffentlichkeit an alle Betriebe, an alle Unternehmer, an alle Personalräte, sie möchten auf jeden Fall versuchen, das Verständnis für die Behinderten in ihrer eigenen Umwelt einmal in sich aufzunehmen, und dann werden sie sehr schnell merken, daß sie vollwertige Menschen in ihrer Umwelt sind und in jedem Betrieb ordentlich verwendet werden können. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 51 Absatz 4 der Geschäftsordnung rufe ich zunächst den noch vorliegenden Änderungsantrag zur Abstimmung auf, und zwar handelt es sich um den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 9/183. Der Änderungsantrag der SPD, Drucksache 9/180 ist zurückgezogen.

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 9/183 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag einstimmig zu.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Hauptantrag.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen Nummer 9/160 unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle einstimmige Annahme fest.

(Beifall)

Möglicher Interessenkonflikt in Kernenergiefragen

Antrag der Fraktion der CDU vom 30. März 1976
(Drucksache 9/161)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Franke.

Dieser Antrag trägt die Unterschriften der Abgeordneten Marianne Hänecke, Neumann und Fraktion der CDU. Der Antrag ist gedruckt an die Abgeordneten verteilt worden.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag fordert die CDU, daß durch eine ressortmäßige Trennung des energiewirtschaftlichen Förderungs Bereichs vom Aufsichts- und Genehmigungsbereich auch nur der Anschein eines Interessenkonflikts zwischen der Kontrollfunktion über die Kernenergie und ihre Förderung beziehungsweise ihre wirtschaftliche Nutzung vermieden wird, denn beide Aufgabenbereiche werden bisher vom Senator für Wirtschaft und Außenhandel nach dem Gesetz wahrgenommen.

Auf Seite 52 in der ersten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesrepublik heißt es, ich darf zitieren, Herr Präsident: „Die Bundesregierung hat in ihrem Energieprogramm vom September 1973 dargelegt, daß eine sichere und ausreichende Energieversorgung und der Schutz der Umwelt gleichrangige Ziele ihrer Politik sind. Diese Ziele sind nicht immer leicht miteinander zu vereinbaren. Häufig bedarf es einer sorgfältigen Abwägung und im Einzelfall oft schwierigen Abstimmung aller relevanten umwelt- und energiepolitischen Gesichtspunkte, um eine optimale Lösung der jeweiligen Zielkonkurrenz zu erreichen.“

Im Land Bremen ist, wie gesagt, der Senator für Wirtschaft und Außenhandel nach dem Energieprogramm der Bundesregierung die mit der energiewirtschaftlichen Förderung betraute Dienststelle. Er ist verantwortlich für die Beschaffung beziehungs-

(C)

(D)

- (A) weise Förderung preisgünstiger und ausreichender Energie auf lange Sicht. Er ist von seiner ihm gestellten Aufgabe her auf die Förderung der Wirtschaft und die Förderung der Energie einschließlich der Kernenergie ausgerichtet. Die schon jetzt stattfindende Förderung der Kernenergie geht eindeutig hervor auch aus dem Haushalt des Senators für Wirtschaft und Außenhandel, und zwar durch die Förderung der Gesellschaft für Kernenergieverwertung mit über 1,6 Millionen DM jährlich.

Nach der Bekanntmachung der nach dem Atomgesetz zuständigen Behörden aus dem Jahr 1962 erteilt der Senator für Wirtschaft und Außenhandel aber auch Genehmigungen für die friedliche Verwendung von Kernenergie. Er kann diese Genehmigungen dann im Einvernehmen mit dem Senator für Arbeit und anderen Behörden widerrufen. Unserer Meinung nach handelt es sich hier um völlig kontroverse Aufgaben in einer Hand.

(Beifall bei der CDU)

Der Senator, der aufgrund seiner Aufgabe der Energieförderung mit den Energieherstellern zusammenarbeiten muß, damit der Energiebedarf auch langfristig gedeckt werden kann, ist zugleich Aufsichts- und Genehmigungsorgan.

- (B) Wir wollen hier eine saubere Trennung für die Zukunft zwischen diesen Aufgaben durch eine Änderung der eingangs zitierten Bekanntmachung von 1962 herbeiführen. Schon im Umweltschutzbericht von 1973 wurde eine Überprüfung dieser Bekanntmachung gefordert, und zwar vom Senator für Gesundheit und Umweltschutz. Das geschah sicher nicht unbegründet. Uns ist bisher kein Überprüfungsergebnis bekannt geworden.

Im Juli 1975 teilte die Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 7/3871 mit, daß sie — ich zitiere —, „um auch nur den Anschein eines Interessenkonflikts zwischen der Kontrollfunktion über die Kernenergie und ihrer Förderung beziehungsweise ihrer wirtschaftlichen Nutzung zu vermeiden, vorhandene Bundeszuständigkeiten auf verschiedene Ressorts verteilt habe.“

In Bremen aber liegen, wie gesagt, Energiebedarfsplanung und Förderung einerseits und Verantwortung für den anderen Bereich federführend bei einer Dienststelle.

In der Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung heißt es, daß die gleichrangigen Ziele einer sicheren und ausreichenden Energieversorgung nicht immer leicht miteinander zu vereinbaren sind. Die Abwägung aller relevanten umwelt- und energiepolitischen Gesichtspunkte — ich wiederhole das noch einmal — wird häufig schwierig werden. Der schon heute vorhandene Konflikt bezüglich der Kernenergie zwischen den um ihre Umwelt besorgten Bürgerinitiativen und Umweltschützern auf der einen Seite und auf der anderen Seite der Wirtschaft wird sich sicher in Zukunft

- (C) noch verschärfen. Schon heute sind die Forderungen verschiedener Art.

Die Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen fordern auf der einen Seite eine Verbesserung des Genehmigungsverfahrens im Sinne einer Mitentscheidung der Bevölkerung. Und das wird völlig zu Recht gefordert, denn wir erfahren ja gerade in letzter Zeit aus den Medien, welche berechtigten Sorgen eventuell auf uns zukommen, auch in bezug auf das Weserwasser und Esenshamm. Das wird dann wohl ein Tagesordnungspunkt der nächsten Sitzung der Bürgerschaft werden. Die Energiewirtschaft aber wünscht andererseits Erleichterungen im Genehmigungsverfahren. Aus Sicht der Energiewirtschaft ist das verständlich.

Wir meinen, daß diese beiden Aussagen doch deutlich machen, daß wir diese Aufgabenbereiche nicht in einer Hand lassen sollten. Schon jetzt spielen in Bremen die Auseinandersetzungen über Esenshamm eine größere Rolle als in Niedersachsen. Erinnern Sie sich doch bitte an den damaligen Termin, als die Gutachten meterhoch gestapelt auslagen beim Senator für Wirtschaft und Außenhandel. Dort konnte die Öffentlichkeit Einblick nehmen.

Meine Damen und Herren, Parlamente sollten unserer Meinung nach bemüht sein, Vertrauen in staatliches Handeln zu fördern. Im vorliegenden Fall könnten wir auch hier einen kleinen Schritt dazu tun, indem wir für eine strikte Trennung von kontroversen Aufgaben eintreten und indem wir dafür sorgen, daß nach dem Gesetz der Senator für Gesundheit und Umweltschutz oder der Senator für Arbeit die zitierten Aufgaben nach den Bekanntmachungen von 1962 zum Atomgesetz übernehmen und für diesen Bereich zuständig sein sollte. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Illigner.

Abg. Dr. Illigner (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß gestehen, daß die Formulierung des Antrags der CDU uns nicht ganz leicht verständlich war. Zunächst einmal wird darin davon gesprochen, daß eine ressortmäßige Trennung erfolgen solle zwischen Förderungsbereich und Aufsichts- und Genehmigungsbereich. Dann wird Bezug genommen auf eine Äußerung der Bundesregierung, in der von zwei Komplexen gesprochen wird, nämlich von der Kontrollfunktion und der Förderung und der wirtschaftlichen Nutzung.

Ich habe nun gedacht, das ist möglicherweise nur eine falsche oder eine etwas ungeschickte Formulierung, in Wirklichkeit meinte man tatsächlich die Gegenüberstellung von Genehmigung und Förderung auf der einen Seite und Kontrolle auf der anderen Seite. Frau Hänecke hat uns aber jetzt hier klargemacht, daß sie das — sie hat davon nicht gesprochen — möglicherweise auch will, aber sie

(C)

(D)

- (A) will zusätzlich noch eine weitere Trennung zwischen der Förderung und der Genehmigungsbehörde, also eine Dreiteilung.

Ich muß sagen, diese Dreiteilung erscheint mir nicht erforderlich. Die Förderung der Energiewirtschaft gehört meiner Ansicht nach zu der Behörde, die auch später die Genehmigung erteilt. Ich sehe hier keine Interessenkollision aufkommen. Wenn also der Wirtschaftssenator Gutachten bestellt über irgendwelche Atomfragen, so kann das eigentlich nur dazu dienen, ihm bei eventuellen Genehmigungen Klarheit zu verschaffen, möglicherweise über Sicherheitsvorschriften. Ich meine, daß man die Aufteilung, die jetzt bereits in dieser Bekanntmachung erfolgt ist, nämlich Genehmigungsbereich und Kontrollbereich, daß die richtig ist und auf jeden Fall aufrechterhalten bleiben sollte. Genehmigungsbereich: Senator für Wirtschaft. Kontrollbereich: Senator für Arbeit beziehungsweise heute Senator für Soziales.

Die Frage der Entwicklung der Atomwissenschaft ist in den letzten Jahren rasant vor sich gegangen. Man hat so viele Gefahren inzwischen entdeckt und so viele Schwierigkeiten bei den Verfahren und bei dem Betrieb von Atomkraftwerken, daß auch in der Bundesregierung erhebliche Kommissionen damit beschäftigt sind, diese Gefahren zu erkennen und einzugrenzen. Es gibt allein bei dem Innenminister in Bonn drei große Kommissionen, die sich mit derartigen Fragen beschäftigen. Es sollen noch in diesem Jahr, wie aus der Debatte des Bundestags vom Januar dieses Jahres hervorgeht, eine Novelle des Atomgesetzes erfolgen. Es sollen die Verordnungen über die Verfahrensvorschriften bei der Genehmigung von Atomkraftwerken neu gefaßt werden, es sollen noch andere Verordnungen neu gefaßt werden. Es ist also durchaus zu erwarten, daß neue Vorschriften kommen.

- (B) Im Prinzip sind wir dafür, daß die Frage der Interessenkollision noch einmal vom Senat erörtert werden sollte, ob die jetzige Aufteilung in den Bereich des Senators für Wirtschaft und den des Senators für Soziales ausreichend ist oder ob man zusätzlich eventuell noch einen Teil in den Bereich des Senators für Gesundheit übergibt. Dort ist sowieso schon ein Teil des Strahlenschutzes. Alles, was mit Immissionen und mit Strahlenschutz zu tun hat, ist ja beim Senator für Gesundheit. Ich meine, man sollte — diese Frage ist eine sehr ernste Frage und sehr wichtige Frage für die Bevölkerung — diese Frage im Senat erörtern oder eventuell sogar in den zuständigen Deputationen.

Wir sind dafür, diesen Antrag anzunehmen, allerdings sehen wir es mehr in der Richtung, daß nicht unbedingt der Auftrag gegeben wird, etwas zu ändern, sondern daß der Senat prüfen soll, ob etwas geändert werden muß.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tepperwien.

- (C) Abg. Tepperwien (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Zeit ist schon etwas fortgeschritten, der Antrag der CDU im Grunde genommen nicht kompliziert. Das erheblich problematischere Verfahren Esenshamm werden wir in der nächsten Bürgerschaftssitzung behandeln. Ich kann mich also verhältnismäßig kurz fassen. Ich möchte es aber nicht versäumen, Frau Kollegin Hänecke dafür zu danken, daß sie hier die fortschrittliche Umweltschutzpolitik der Bundesregierung gelobt hat. Sie sollte das häufiger tun.

(Beifall bei der SPD)

Grundsätzlich ist die Auffassung der Bundesregierung und auch der antragstellenden CDU natürlich richtig, und sie ist auch inzwischen im Bremer Umweltschutzprogramm verankert, daß die Förderung der Kernenergie und ihre Genehmigung bei der Exekutive nicht in derselben Hand liegen sollte. In Bremen hat das bisher praktisch kaum eine Relevanz gehabt, weil zum Beispiel hier nicht ersichtlich ist, daß die Errichtung eines Atomkraftwerks — und darum geht es der Bundesregierung vor allem — überhaupt von irgend jemand erwogen wird.

- (D) Andererseits ist es allerdings auch richtig, daß wir uns hier in Bremen mit gewissen Ablegern des Genehmigungsverfahrens in Esenshamm zu beschäftigen haben, wenn auch nicht mit dem Verfahren selbst, und daß wir als Bundesland auch an der generellen Förderung der Kernenergie beteiligt sind, wenn auch alles in so bescheidenem Rahmen, daß dieses Problem der Interessenkollision bisher bei uns eigentlich nicht recht aktuell ist. Aber es gibt eben doch Punkte, wo in Bremen, wenn auch in einer sehr abgeschwächten Form, dieses Problem in Zukunft auftauchen könnte, was bisher nicht der Fall gewesen ist.

Wir wollen daher als SPD-Fraktion auch nicht den Antrag der CDU von vornherein ablehnen, meinen aber andererseits, daß die Bürgerschaft heute hier nicht im Schnellverfahren einen Beschluß fassen kann über die ressortmäßige Zuständigkeit, weil damit ja zwangsläufig auch Personal- und Haushaltsfragen verbunden sind. Wir wären also dankbar, wenn die CDU sich damit einverstanden erklären würde, daß wir diesen Antrag an die Deputation für Wirtschaft und Außenhandel federführend — weil ja die Zuständigkeit zur Zeit bei ihr liegt — sowie an die Deputation für Arbeit — auch im Gewerbeaufsichtsamt wird heute schon Strahlenschutz betrieben — und an die Deputation für Gesundheit und Umweltschutz verweisen, damit dort diese Frage gründlich geprüft werden kann.

Wir wollen also keinesfalls — das mache ich hier noch einmal deutlich — diesen Antrag ablehnen, meinen aber, daß man ihn andererseits hier wegen der Problematik der Personal- und Haushaltsfragen auch nicht von vornherein so über den Tisch hinweg entscheiden sollte. Wir wären also gern bereit, da mitzumachen, wenn der Antrag verwiesen wer-

- (A) den könnte. Sonst würden wir allerdings eine gewisse Schwierigkeit in der Abstimmung sehen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Tepewien hat den Antrag gestellt, diesen Antrag Nummer 9/161 an die Deputation für Wirtschaft und Außenhandel federführend und zusätzlich an die Deputationen für Arbeit und Gesundheit zu überweisen mit dem Auftrag, das Ergebnis der Überprüfung dem Plenum mitzuteilen. Ist das richtig?

(Abg. Klein [CDU]: Als bald!)

Als bald mitzuteilen!

Wer diesem Überweisungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Überweisung einstimmig zu.

Damit ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) erledigt.

Lassen Sie mich zum Abschluß der Landtagssitzung noch einige Worte zum 1. Mai sagen!

- (B) (Abg. Neumann [CDU]: Wieso das denn?)

- (C) Sonnabend ist der Weltfeiertag der Arbeit. Eine große Zahl von Abgeordneten nimmt bereits heute am Mahl der Arbeit im Bremer Rathaus teil.

(Abg. Neumann [CDU]: Kann ich auch noch etwas sagen?)

Sie wissen, daß im Mittelpunkt des diesjährigen Mai-Aufrufs der Gewerkschaften der Kampf um Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit steht. Die Bremische Bürgerschaft hat gestern in einer mehrstündigen Debatte ein weiteres Mal deutlich gemacht, daß alle drei in diesem Hause vertretenen Parteien bereit sind, dazu ihren Beitrag zu leisten. Wir haben damit erneut die Verbundenheit der Bremischen Bürgerschaft mit den arbeitenden Menschen in unserem Land unterstrichen. Wir sind uns alle der ständigen Aufgabe bewußt, dazu beizutragen, den Bürgern in Bremen und Bremerhaven das in unserer Verfassung verankerte Recht auf Arbeit zu sichern.

Die Bremische Bürgerschaft geht davon aus, daß sich die Bevölkerung unseres Landes der großen Bedeutung dieses Feiertags der Arbeit für unsere demokratische Gesellschaft bewußt bleibt.

Meine Damen und Herren, ich danke allen Anwesenden und wünsche unseren Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven einen guten Heimweg.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluß der Sitzung 15.36 Uhr)

(D)

(A)

**Ergebnis der namentlichen Abstimmung
über den Antrag der Fraktion der CDU:
Nichtvollzug des Stufenplans (Drucksache 9/149)**

Mit Ja stimmen die Abgeordneten:

Blöchl, Udo (CDU)
Brasse, Wilhelm (CDU)
Brauns, Dieter (CDU)
Domscheit, Arthur (CDU)
Ehlers, Reinhard (CDU)
Erfurth, Wolfgang (CDU)
Filzen, Wilhelm (CDU)
Fischer, Werner (CDU)
Förster, Ingeborg (CDU)
Franz, Friedrich (FDP)
Gassdorf, Rudolf (CDU)
v. Groeling-Müller, Georg (FDP)
Guter, Josef (CDU)
Hänecke, Marianne (CDU)
Hockemeyer, Bernd (CDU)

Hollweg, Uwe (CDU)
Hüller, Gisela (FDP)
Dr. Illigner, Heinz (FDP)
Immermann, Udo (CDU)
Jackisch, Paul (CDU)
John, Harry (FDP)
Kandolf, Heinz (CDU)
Kauffmann, Egon (CDU)
Klein, Günter (CDU)
Kruse, Wulf Traugott (FDP)
Kudella, Peter (CDU)
Kuhnert, Günter (FDP)
Lahmann, Horst-Jürgen (FDP)
Dr. Menke, Friedrich (CDU)
Metz, Reinhard (CDU)

Neumann, Bernd (CDU)
Ostendorff, Walter (FDP)
Pflugradt, Helmut (CDU)
Ravens, Bernd (CDU)
Schepers, Wilhelm (CDU)
v. Schönfeldt, Ernst (FDP)
Schütte, Eva (FDP)
v. d. Schulenburg, Wedige (CDU)
Dr. Schulte, Bernt (CDU)
Schumacher, Heinrich (CDU)
Dr. Sieling, Hans-Hermann (CDU)
Spies, Hannelore (CDU)
Urban, Georg (CDU)
Weissenborn, Karl (FDP)
Wilhelms, J. Henry (CDU)

(B)

Mit Nein stimmen die Abgeordneten:

Arand, Wilfried (SPD)
Armgoridt, Karl-Eddi (SPD)
Beckmeyer, Uwe (SPD)
Böhrnsen, Gustav (SPD)
Brockmann, Willibert (SPD)
Bugla, Gerhard (SPD)
Dittrich, Helmut (SPD)
Feuß, Hans-Jürgen (SPD)
Fischer, Gerhard (SPD)
Fluß, Manfred (SPD)
Gross, Walter (SPD)
v. Hassel, Horst (SPD)
Heuer, Heinz (SPD)
Hoffrage, Käthe (SPD)
Jaising, Heinz (SPD)
Jettka, Karl-Heinz (SPD)

Kähler, Egon (SPD)
Kaltenstein, Ursula (SPD)
Kerstein, Ursel (SPD)
Kiene, Werner (SPD)
Klatt, Wolfgang (SPD)
Dr. Klink, Dieter (SPD)
Knorr, Helene (SPD)
Kück, Klaus-Dieter (SPD)
Kunick, Konrad (SPD)
Launspach, Ewald (SPD)
Leinemann, Anneliese (SPD)
Lütjen, Hede (SPD)
Meyer, Bernd (SPD)
Michalski, Erich (SPD)
Dr. Monnerjahn, Rudolf (SPD)
Piesker, Hildegard (SPD)
Pöting, Friedrich (SPD)
Poppen, Marion (SPD)

Raschen, Hans (SPD)
Reichelt, Georg (SPD)
Scherer, Friedrich (SPD)
Dr. Scherf, Henning (SPD)
Schmidt, Erwin (SPD)
Senft, Peter (SPD)
Sixt, Martin (SPD)
Stäcker, Horst (SPD)
Stelljes, Günter (SPD)
Stichweh, Hermann (SPD)
Stuchlik, Marlis (SPD)
Tepperwien, Fritz (SPD)
Töpfer, Wilfried (SPD)
Uhl, Sabine (SPD)
Wedemeier, Klaus (SPD)
Weinkauf, Arno (SPD)
Wilken, Werner (SPD)
Würdemann, Walter (SPD)

(C)

(D)